

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schjern.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16b.  
Telephonruf: Nr. 8392.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der sechsgespaltigen Kolonetzelle 1 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **288600** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Herr Beumer, der Mann mit dem 16stündigen Arbeitstag.

Es. Auf die glänzende Rede des Reichstagsabgeordneten Hue (6. Februar), die sich zu einer vernichtenden Anklage gegen die vielgepriesenen Zustände in der rheinisch-westfälischen Großindustrie gestaltete, hat bekanntlich wenige Tage darauf (12. Februar) der Abgeordnete Beumer, der bekannte scharfmacherische Handlanger, erwibert. Es versteht sich, daß der Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen Industrieherrn alles, was Hue vorgebracht hatte, als unzutreffend erklärte. Denn wann hätte jemals das Unternehmertum seine Sünden eingestanden; wann hätte es jemals Anschuldigungen von Seiten der Arbeiter als berechtigt anerkannt? Von vornherein kann man erwarten, daß im allgemeinen wie im besonderen alles bestritten wird, was die herrliche kapitalistische Wirtschaftsordnung als zweifelhaft erscheinen lassen, was dazu dienen könnte, den Ruhm des Unternehmertums als des angeblich eifrigsten und aufrichtigsten Freundes der Arbeiter zu gefährden. Auch wenn unwiderleglich und attemmäßig dargetan wird, daß die Ausbeutungspraktiken zum Himmel schreien, daß Gesetzesübertretungen tausendfältig vorgekommen sind — es wird bestritten und geleugnet von den parlamentarischen und journalistischen Anwälten des Unternehmertums. Insofern bietet die Verteidigungsrede des Abgeordneten Beumer gegen die Anklagen des Abgeordneten Hue nichts sonderlich merkwürdiges. Ihre Eingang- und Schlusssätze erscheinen uns aber interessant genug, ihnen noch eine nähere Betrachtung zu widmen.

Herr Beumer begann nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung seine Rede wie folgt: „Der Abgeordnete Hue, der heute leider nicht hier ist, fragte mich neulich, ob ich jemals in einem Walzwerk oder einem anderen Feuerbetrieb gearbeitet habe. Leider nein. Aber auch der Abgeordnete Hue gibt sich seit 1894 dieser Tätigkeit nicht mehr hin, sondern beschränkt sich auf geistige Arbeit an Redaktionsstisch und auf der Rednertribüne. Wenn er aber andeuten wollte, als ob ich kein Mann des praktischen Lebens sei und niemals die Arbeit mit der Hand kennen gelernt hätte, so kann ich sagen, daß ich seit meinem lebenden Lebensjahr schwer körperlich gearbeitet habe, daß ich als Knabe und Jüngling in der Landwirtschaft meine Zeit zwischen Gymnasialstudien und Handarbeit geteilt habe und häufig unter einer mehr als elfstündigen Arbeitszeit nicht ausgekommen bin. In meiner Jugend war man noch nicht so empfindlich im Punkte der Überbürdung. Ich segne heute diese schwere Jugend, sie hat mich kennen gelehrt, wie schwer es ist, mit der Hand zu arbeiten und hat mich den Wert der Arbeit schätzen gelehrt, aber auch mich überzeugt, daß man nicht durch Vorwiegungen gewisser politischer Parteien, sondern nur durch eigene Arbeit glücklich wird. Es wird Herrn Hue nicht gelingen, mich bei den Arbeitern meines Wahlkreises als einen bequemlebenden Menschen hinstellen, denn sie wissen, daß ich heute noch manchen sechzehnstündigen Arbeitstag in meinem schweren Anste habe. Er mag sich also andere Personen für solche Vergleiche anschauen.“

Der arme Herr Beumer! Zu verwundern ist nur, daß er es bei dieser überaus anstrengenden Arbeit, die ihn seit dem siebenten Jahre in Anspruch nimmt, bis auf sein jetziges, immerhin ganz ansehnliches Alter gebracht hat. Herr Beumer ist nämlich, wie wir im Reichstagsführer sehen, im Jahre 1848 geboren. Er besuchte von 1864 bis 1868 die Volksschule in Wesel, von 1868 bis 1867 das dortige Gymnasium, studierte von 1867 bis 1871 in Bonn Theologie und Sprachwissenschaft, war dann 17 Jahre höherer Schulmeister, bis er 1887 Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen wurde, welchen Posten er auch heute noch versteht. Eine kurze Zeit nach seiner Lehrtätigkeit leitete Herr Beumer noch ein landwirtschaftliches Gut, eine Tätigkeit, die er bald aufgab in der Erkenntnis zu höherem, nämlich zum Handlanger der rheinisch-westfälischen Scharfmacher bestimmt zu sein. Herr Beumers Lebenslauf ist, wie man sieht, recht weit abgegangen von der Art praktischer Arbeit, wie sie sein Gegner, der Abgeordnete Hue, hinter sich hat, der nach einfachem Volksschulbesuch zunächst das Schlosserhandwerk erlernte und dann ein Duzend Jahre, nämlich von 1882 bis 1894, als Arbeiter in rheinisch-westfälischen Berg- und Hüttenwerken geschäftet und geschuftet hat.

Herr Beumers Lebenslauf ist der bei unseren Akademikern übliche, und für so vielseitig wie der Geschäftsführer des Vereins mit dem langen Namen auch halten, so trauen wir ihm, dem anfänglichen Theologen, späteren Schulmeister und endlichen Generalsekretär doch nicht zu, daß er neben und während der Kopfarbeit auch noch, wie er sagt, körperlich schwer gearbeitet und seine geistige Berufarbeit mit Handarbeit geteilt hat — wenn diese Handarbeit etwas anderes gewesen sein soll als bloßer Zeitvertreib. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß, wenn Herr Beumer sein Leben auch nur die Hälfte an Mühsal und Entbehrung getragen hätte, wie sie ein Hüttenarbeiter zu tragen hat, er sich hätte weigern, Loblieder auf diese herrliche kapitalistische Weltordnung anzustimmen. Waren die Tage seiner Jugend wirklich so hart, wie er sie schildert — nun, er hat sie seit lange hinter sich. Er stand nie und steht erst recht heute nicht vor dem glühenden Ofen, dessen Blut den Leib ausdort; er wandelt seit zwanzig Jahren in der Gasse der Industrieherrn, die verwendbare Leute seines Schlages gut zahlen und gut behandeln, und ganz gewiß wird er sich hüten, mit dem Dasein des besagten Arbeiters im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auch nur für drei Monate, geschweige denn für ein ganzes Leben zu tauschen.

„Wir wollen“ — so schloß Herr Beumer seine Rede — „zufriedene Arbeiter und stimmen den Worten Franklins zu, daß jeder, der den Arbeitern anders helfen zu können vorgibt als durch die Aufforderung, seine eigene Kraft und Geschicklichkeit auszunutzen, ein Schwindler ist.“ Wie Herr Beumer sich die „Ausnutzung der eigenen Kraft und Geschicklichkeit“ denkt, geht aus nichts so deutlich hervor als aus der Eingabe an den Reichstag, die er im Jahre 1890 bei Gelegenheit der Gewerbeordnungsnovelle als Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung u. s. w. verfaßt hat. Darin heißt es:

„Wir sind auf Grund der Kenntnis unserer Arbeiterverhältnisse fest davon überzeugt, daß eine unter dem fleißiger und vernünftigen Teile unserer Arbeiter — und den anderen Teil zu fragen, wird man wohl keine Veranlassung nehmen — angestellte Enquete in überraschender Weise ergeben würde, daß die Arbeiter selbst eine ihre Erwerbsverhältnisse notwendig beeinträchtigende und darum irrationelle gefühlige Erweiterung des Arbeiterschutzes durchaus nicht wollen, daß sie namentlich davon durchdrungen sind, daß eine zu sehr ausgedehnte Freiheit der jugendlichen Arbeiter nur dazu dienen würde, die ohnehin in großem Umfang hervortretende Zuchtlosigkeit und Vergnügungssucht unserer Jugend noch in bedenklichem Maße zu vermehren; daß weiterhin eine zu große Beschränkung der Frauenarbeit die Lebenshaltung mancher Familien auf das traurigste beeinflussen würde, das endlich zu weitgehende Maßnahmen in bezug auf die Feiertage der Sonn- und Feiertage ihnen zugleich mit der freien Zeit einen Lohnausfall eintragen würden, der durchaus nicht in dem richtigen Verhältnis zum Werte der erlernten Hände; denn durch die verkürzte Arbeitszeit wird dem Arbeiter ohne allen Zweifel ein Lohnausfall erwachsen, da dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, für eine verkürzte Arbeitsleistung als Gegenleistung so viel zu zahlen, als er dem Arbeiter bei unverkürzter Arbeitszeit zahlen würde. Die Lohnhöhe ist eine Frage der Konjunktur, der Lohn hängt von der Arbeitsleistung ab, die Arbeitsleistung von der Arbeitszeit, und es ist unserer Meinung nach nicht recht, wenn die Freiheit des Arbeiters, zu arbeiten, wenn Gelegenheit dazu vorhanden ist, eingeschränkt wird. Dadurch verkehrt sich die Arbeiterschutzesgesetzgebung in das Gegenteil dessen, was sie sein will und sein muß.“

Das also nennt Herr Beumer, der diesen Grundsätzen bis heute treu geblieben ist, dem Arbeiter Gelegenheit geben zur „Ausnutzung der eigenen Kraft und Geschicklichkeit“. Keinen gesetzlichen Schutz der Arbeitskraft, keine Organisation der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage, sondern mehr- und willenslose Unterordnung der Lohnsklaven unter das Machtgebot und die Willkür des Unternehmertums — das sind die Grundsätze der industriellen Scharfmacher und ihrer willigen Handlanger vom Schlage der Bued, Beumer und Konsorten. Auf diese Weise hoffen sie „zufriedene Arbeiter“ zu züchten — mit welchem Erfolg, das zu erfahren hat das Ausbeutertum ja an dem Wachstum der modernen Arbeiterbewegung reichlich Gelegenheit.

Mag Herr Beumer sich bei seinem sechzehnstündigen Arbeitstag wohl fühlen, die Arbeiter hören ihn gewiß nicht in dem Bewußtsein, als treuer Schaffer im Weinberg des Kapitalismus sich ungemessene Verdienste erworben zu haben. Wir aber, die Herr Beumer „Heher“ und „Aufwiegler“ nennt, werden fortfahren, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß des Volkes edelster und größter Teil doch etwas mehr wert ist als einer Handvoll Kapitalisten zur Bereicherung zu dienen.

### Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.

(Schluß.)

— Ein breiter Raum wird dem „christlichen Sozialismus“ gewährt, zunächst dem des Mainzer Bischofs Ketteler, der bekanntlich nur durch das Auftreten Lassalles zur Beschäftigung mit der sozialen Frage veranlaßt wurde und der auch dessen „ehernes Lohngesetz“ anerkannte. Aber den sozialistischen Grundgedanken Lassalles lehnte er ab und die von ihm aufgestellten Forderungen waren: 1. eine dem wahren Werte der Arbeit entsprechende Erhöhung des Lohnes; 2. eine Verkürzung der Arbeitszeit, entsprechend den Anforderungen der gesundheitlichen, geistigen und religiösen Bedürfnisse nebst der Gemäßung von Aufstagen; 3. das Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder und der verheirateten Frauen; 4. Schutz der Sittlichkeit der weiblichen Arbeiter durch Trennung der Geschlechter bei der Arbeit, Ausübung der Leitung bei der Arbeit durch weibliche Personen, wobei er jedoch hinsichtlich der damals oft geforderten Ausschließung der weiblichen Arbeit von der Fabrikarbeit keine Stellung nimmt. So ausweichend verhielt er sich auch gegenüber der Frage der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Er beschränkte sich darauf, zu verlangen, daß das „Streben nach Erhöhung des Lohnes in innigem Zusammenhang mit der Religion und Sittlichkeit bleibt“. Offen trat er nur für die Gründung allgemeiner konfessioneller Vereine ein, die im engen Anschluß an die Kirche und unter der Leitung von Geistlichen die Pflege religiöser Gesinnung an erster Stelle und daneben freilich auch die Verwirklichung sozialer, ihren Stand fördernder Einrichtungen sich zur Aufgabe stellen“. Das Hauptgewicht der Tätigkeit der katholischen Arbeiterbewegung wurde auf die Abwehr sozialistischer und liberaler Einwirkungen gelegt. Erst im Anfang der neunziger Jahre zeigten sich einige Ansätze zu gewerkschaftlichen Organisationen, so in Aachen. Als Hauptverbände galten die der Kadelarbeiter, der Lucharbeiter und der Verband sonstiger Arbeiter: zum ersten Verband gehörten als Unterabteilungen die Vereinigungen der Blauer, Abblauer, Blank- und Raubarbeiter, zum zweiten die der Weber, Spinner und der übrigen Lucharbeiter, zum dritten namentlich die der Raschiner- und Eisenhammerarbeiter.

Die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Vereine war keine durchgreifende, die Pflege religiöser Interessen gegenüber dem „materialisti-

schen Zeitgeist“ stand im Vordergrund.“ Als dann der Kulturkampf kam, wurden sie in das Fahrwasser der kirchlichen Politik gezogen und infolge dessen der christlich-soziale Verein in Essen mit seinen 3000 Mitgliedern im Jahre 1877 aufgelöst. Das 1878 in Kraft getretene Sozialistengesetz habe nach Dr. Müller auch an anderen Orten sich auflösen oder zu religiösen Korporationen sich umgestaltet. Während des Sozialistengesetzes machten die leitenden katholischen Kreise in Übereinstimmung mit der Bismarckschen Sozialpolitik in bespotisch-wohltuenden „Wohlfahrtsvereinen“, durch die der traditionellen „beschränkte Untertanenverstand“ der Arbeiter für ewige Zeiten konserviert werden sollte. Diese bauernschlaue Überwertungs-taktik, die feile Lobredner Staatskunst nennen, machte da wie dort Fiasko, das in der kolossalen Vernehmung der sozialdemokratischen Reichstagswählerstimmen seinen wichtigsten und demonstrativsten Ausdruck fand und endlich durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes klipp und klar auch offiziell quittiert wurde.

In demselben Jahre 1890 gründete das Zentrum den „Volkverein für das katholische Deutschland“, der „über die sozialen Aufgaben der Zeit belehren, zur Mitarbeit an ihrer Lösung in den Kreisen des katholischen Volkes anregen“ sollte. „Es sollte eine große antisozialistische Arbeiterbewegung inmitten der unteren Volksklasse selbst geschaffen werden, damit dort der Widerstand gegen den Umsturz eingepflanzt werde, wo die Gefahr stündlich, wenn man so sagen darf, wächst, wo keine Macht, kein Gesetz und keine Autorität, Meinungen und Ideen, Wortteile überwindet, als die aus der Mitte des Volkes selbst erstehende Kraft der Gegenwehr.“ Also Mißbrauch des arbeitenden Volkes zur Wahrnehmung der Interessen der reichen Katholiken gegenüber der modernen Arbeiterbewegung.

Im Anschluß an die Besprechung des Rundschreibens des Papstes Leo XIII. über die soziale Frage konstatiert Dr. Müller, daß die nächste Folge davon nur die Förderung der einseitig konfessionellen Vereine, der katholischen Gesellenvereine und namentlich der katholischen Arbeitervereine war, in denen neben der Pflege der eigentlich religiösen Aufgaben auch die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Standesinteressen mehr denn ehemals betont wurde. „Die Einrichtung verschiedener Unterstützungsstellen, wie Sterbe- und Krankengeldzuschüssen zc., ferner die Einrichtungen zur Pflege der geistigen Bildung, wie Bibliotheken, Unterrichtskurse wurden eifrig gefördert, wenn auch nicht immer mit nötigem Geschick ausgeführt. Freilich war anfänglich die Abwehr sozialistischer Irrtümer (Die Redaktion) der hauptsächlichste Zweck der einseitigen Tätigkeit. Hatte die Gewalt der Polizei gegen die Sozialdemokratie verjagt, so gedachte man jetzt durch Hinlenkung auf die Znangriffnahme wirtschaftlicher Reformen die katholischen Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Je mehr aber die katholische Arbeiterschaft sich in diesen Reformen praktisch betätigte und damit den wirtschaftlichen Bestrebungen höheres Interesse als bisher zuwandte, um so mehr wurde die soziale Reformarbeit ihrer selbst wegen Gegenstand der Tätigkeit in den Arbeiter- und Gesellenvereinen.“

Damit war nach Dr. Müller der Gedanke einer beruflichen Organisation der christlichen Arbeiterschaft aufs neue angeregt. Was aber die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses den christlichen Arbeitern mit besonderer Eindringlichkeit vor Augen führte, waren besonders die Erfolge, die die gewerkschaftlichen Organisationen „der Sozialdemokratie“ aufwiesen. „Infolge der Aufhebung des Sozialistengesetzes hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften größere Bewegungsfreiheit erlangt. Sie hatten durch Förderung der Zentralverbände, durch Schaffung einer Generalkommission ihrer Bewegung erhöhte Festigkeit und Einheit verliehen. Auch bot ihre Tätigkeit bei der Durchführung von Lohn- und Arbeitsfreitragungen den Beweis, daß die beruflichen Organisationen einen sichereren Weg zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse abzugeben vermögen.“

In dieser erfolgreichen Tätigkeit der freien Gewerkschaften mußten die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine gerabzu einem Zwang erblicken, in gleicher Weise vorzugehen, um zu verhindern, daß die noch in ihrem Lager stehenden katholischen Arbeiter, von der Macht der Verhältnisse gedrängt, sich ebenfalls den gebähten freien Gewerkschaften anschließen, die weber kapitalistischen noch geistlichen Einflüssen unterliegen, sondern reine Arbeiterorganisationen sind. So wurden dann in den katholischen Arbeitervereinen die „Fachabteilungen“, die Surrogate für die reinen Arbeitergewerkschaften sein sollten, gegründet, nicht auf die Initiative der Arbeiter hin, wie Dr. Müller selbst offen zugesteh, sondern derjenigen „ihrer Freunde aus anderen Ständen (Geistliche zc.)“, die so die sozialistischen Ideen aus dem wirtschaftlichen Leben glaubten fernhalten zu können. Diese Bevormundung ging so weit, daß der Vorsitzende der „Fachabteilung“ der Genehmigung durch den geistlichen Präses bedurfte. Die „Fachabteilungen“ erwiesen sich als Mißgeburt; mit ihren Wochenbeiträgen von höchstens 10 Pf. und Monatsbeiträgen von 20 bis 30 Pf. konnten sie auch keinerlei materielle Mittel gewinnen. Es wurde also der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation wieder diskutiert, auch der Eintritt der katholischen Arbeitervereine

\* In einer Note wird dazu bemerkt: „Daß die christlich-sozialen Vereine noch sehr weit von jenen Organisationen entfernt waren, welche dem Arbeiter beim Abbruch des Lohn- und Arbeitsvertrags gegenüber dem Arbeitgeber die notwendige Selbständigkeit und Freiheit bringen, geht unter anderem aus der in mehreren Vereinen vorgeesehenen und wahrnehmlich dem Vorbild der belgischen katholischen Arbeitervereine nachgeahmten Einrichtung der Patronate der Arbeitgeber hervor, damit die Fabrikherren den Arbeitern Anleitung und Rat geben und sie in der Überzeugung (was für Überzeugung?) leiten! Man verachte auch den sich bildenden Vereinen eine Zentrale zu geben und wählte zu diesem Zwecke einen Ausschuss, dessen Zusammenkunft aus Abseigen, Parteiführern, Geistlichen (v. Schorlemer, Abgeordneter Pieber, Professor Schulte) nicht minder das Gepräge der Patronage an sich trug.“ Damit die Arbeiter nicht selbständig denken und handeln konnten und dumm, unwählbare Kinder in der Gestalt von Erwachsenen blieben.

mitglieder in die freien Gewerkschaften oder Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Die Statuten dieser Organisationen waren kein Hindernis gewesen, wohl aber feien „die antireligiösen und parteipolitischen Bestrebungen“ der Gewerkschaften solche Hindernisse gewesen. Das sind natürlich faule Ausreden, denn in den Gewerkschaften wird in der Tat weder antireligiöse noch parteipolitische Tätigkeit entfaltet und in der Gewerkschaftspresse wird Arbeiterpolitik getrieben, die freilich immer in Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei steht, weil diese eben die einzige Arbeiterpartei, die Partei der Arbeiterpolitik ist. Im Zusammenhang mit der nationalliberalen Schlotjunferpartei oder mit der konservativen Krautjunferpartei kann sie doch unmöglich gebracht werden, denn die Arbeiterpolitik dieser Parteien war und ist immer eine solche zur Niederhaltung der Arbeiter. Und die Arbeiterpolitik der Zentrumspartei ist nur ein Teil der Allerpolitik, die sie für die Krautjunfer und andere Agrarier, für Künftler, für die katholische Kirche und andere Interessengruppen treibt. Mit ihrer Arbeiterpolitik bleibt unsere Gewerkschaftspresse vollkommen im Rahmen der ihr gestellten Aufgaben und sie tut damit nur das gleiche wie die Fachpresse des gesamten organisierten Unternehmertums, die ohne jede Selbstbeschränkung Unternehmerpolitik treibt. Antireligiös ist auch die Gewerkschaftspresse nicht, wenn man nicht böswillig die Kritik an dem arbeitserleidenden, kapitalistischen Gebahren irgend eines Geistlichen als „antireligiösen Kampf“ unzulässig will.

Ein Hindernis gegen den Anschluß der Mitglieder der katholischen Arbeitervereine an die freien Gewerkschaften soll auch deren Auffassung vom Klassenkampf gebildet haben. Die Zentrumspartei und die ihr noch zugehörigen katholischen Arbeiter spielen in dieser Frage eine geradezu hemmelmännische Rolle. Sie können das Beharren verschiedener Gesellschaftsklassen, der Interessenverschiedenheit, der Interessengegensätze nicht leugnen, ebensowenig die daraus entspringenden Kämpfe. Aber diese Kämpfe sollen nicht Klassenkämpfe heißen, was sie doch sind, die katholischen Arbeiter sollen auch keine Klassenkämpfe führen, obwohl ihnen von den geistlichen und anderen Herren gnädigst die besondere wirtschaftliche Organisation, auch die Führung von Lohnkämpfen, selbst von Streiks, gestattet worden ist.

Der unausgesprochene Hauptgrund der Fernhaltung der nicht bloß religiös, sondern auch parteipolitisch zur Zentrumspartei gehörigen Arbeiter von den freien Gewerkschaften war die Befürchtung, sie aus der Vormundschaft zu verlieren, sie nicht mehr an gewohnten Gängelbänden leiten und beeinflussen zu können und darum wurden schließlich Sondergewerkschaften, „christliche“ Gewerkschaften gegründet, „christliche“ und nicht rein katholische, von auch evangelischen Arbeitern den Anschluß zu ermöglichen. In der Hauptsache sind es aber katholische Gewerkschaften geblieben.

Über den Entwicklungsgang der katholischen oder christlichen Gewerkschaftsbewegung ist nicht viel zu sagen, da sie vollständig in jeder Beziehung die freien Gewerkschaften kopierten. Nichts ist eine Spur von Original, eine eigene, selbständige Idee, eine eigene Arbeitsweise zu entdecken, alles, aber auch alles an der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist Nachahmung, blasse Kopie der freien Gewerkschaftsbewegung, nicht als Kopie, die aber nie immer nur ein blasser, schlechter Abbild des Originals ist. Erst lokale Gewerkschaften, dann Verbände, dann Gewerkschaftsvereine, dann Zentralstelle; erst niedrige Beiträge, dann höhere Beiträge und Aufstellung von Verbandsbeamten; erst wenige, kleine und selten erscheinende Gewerkschaftsblätter, dann Vermehrung derselben, späteres Erscheinen, größerer Format und als Gegenstück zu unserem Korrespondenzblatt das christliche Zentralblatt. Als innere Verbindlichkeiten folgen der Anschauung des Unterstützungsprinzips in allen seinen verschiedenen Zweigen. Ebenso verhält es sich mit den Forderungen an die Unternehmer und an die Gesetzgebung. Überall nur Kopie. Das Gebotene erinnert an das launischmännische und gewerkschaft-industrieller Kontraktanten, die einander in allem nachhaken, die einander zu überbieten suchen, um einander aus dem Felde zu schlagen.

In den Kontraktkämpfen auf dem Gebiet der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben die freien Gewerkschaften die geistige Führung, die Macht der Waffen, die Stärke der Organisation, den Segen der Erfolg für sich. Die christlichen Gewerkschaften folgen ihnen nur als ihr Schatten und sie sind dagegen, auch geistig und materiell genommen, nur ein Schatten. Unter diesen Umständen war der Kontraktkampf zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften nur vorderhand einseitig, entschieden nach den Gesetzen des Kampfes aus. Daran ändert der Fortbestand der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts. Sie ist mit der Kraft fremder Protektion geboren, sie traute daran, fremden Interessen zu dienen, der Schwächung und Verschlingung der Sozialdemokratie, und sie ist darum zum dauernden Scheitern verurteilt, das die anhänglichen Sympathien Billionen und Billionen nur verschlimmern können.

Die freien Gewerkschaften dienen ausschließlich den Arbeiterinteressen, der Forderung der Lebenslage des erwerbenden Volkes. Ihre Forderung war und ist: Alles für die Arbeiter und alles durch die Arbeiter! Dabei sind sie groß und fest gewesen und diese Größe hängt ihnen auch die Zukunft.

### Frankenbergs neue „Gesellschaft“.

Es gibt doch immer noch häßliche Sozialpolitiker, die sich immer und immer wieder abmühen, die Dinge zu lesen, wie man Kapital und Arbeit verbinden kann. Unsere sozialistische Gesetzgebung wurde ja auch eigens dazu gegründet, um den Gewerkschaften und der noch verschärferten sozialdemokratischen Partei den „Rück aus dem Segen“ zu wehren. Kräftiger und Arbeiterverbände sollten wie bei den Sozialdemokraten „entschieden zusammenarbeiten“, zum Wohle der Beschäftigten zusammenarbeiten, was ist denn das, das „Wohle der Beschäftigten“? Woher dieses „Wohle“ errieten? Keine! Unternehmer und Arbeiter werden wohl seit zwei Jahrhunderten in den Beziehungen der Lohnarbeiterschaften einträchtig zusammen in den Betrieben und Familien zusammenarbeiten als Schlichter einer Arbeiterwerkstatt mit „Selbstverwaltung“, um den Klassenkampf zu vermeiden oder nicht „gemindert“? Was ist das? Was ist das? Ein „guter Tisch“ der Kapitalisten und Arbeiter, der beide Teile zusammen, um die ihnen erwartete Besserung der Dinge zu sichern, zu erreichen, die Freiheit anzuhängen. In diesen Punkten wurde das Wohl eines einträchtigen Zusammenarbeitens zum Wohle der Beschäftigten entschieden erreicht. Mehr konnte der Gesetzgeber in diesen Punkten wirklich nicht verlangen und es würde eine ständige Zusammenarbeit gipfeln würde, was dies gewisslich einträgliche Ergebnisse erzeugen würde. Gewissermaßen es die sozialdemokratischen Kräfte, die als erste Taten gegen das Selbstverwaltungsrecht der Lohnarbeiterschaften setzen, um um ihre selbständigen Gewinne zu erreichen, aber was ist die ihnen übergebene Sozialdemokratie, wenn das Wohl der Kräfte massenhaft höher steht als das der Lohnarbeiterschaften. Eine sehr tiefe und breite Kluft trennt aber dieses Wohl mit Selbstverwaltung von den beiden anderen sozialdemokratischen Gesetzen — der Zentralisierung und Selbstverwaltung. Je größer die Zentralisierung, desto größer wurde die Unzulassung gegen die

beiden „Schwestergesetze“, die aber beide die arme Krankenversicherung als Nutzenbrödel betrachten und auszunutzen verstehen. Warum das? Was die Krankenversicherung auszeichnet, gewissermaßen als demokratische Gesetzgebung ehrt, ist den beiden anderen Gesetzen verweigert. Von einer Mitarbeit der Versicherer keine Spur, obwohl beide Gesetze doch extra für die Versicherer gemacht worden sein sollen! Unsere Vollblutunternehmer verwalten die Unfallberufsgenossenschaft ganz allein, verzichten auf jede Mitarbeit der Versicherer im Vorstand und den so wichtigen Entscheidungsausschüssen. Ebenso in „Ordnung“ finden es unsere Landesräte, daß nur Regierungsbeamte mit hohen Gehältern die ganz miserabile und so tief verhasste Invalidenversicherung verwalten und zum Wohle auf die Bestreben der Arbeiter diese durch einen oder zwei Vertreter im Kreise der an Zahl dreifach überlegenen Bureaunkräfte „mitberaten“ lassen. Auch das findet der „Sozialpolitiker“ von heute ganz in der Ordnung und mündert sich, daß denkende Arbeiter sich immer mehr von dem „Segen“ dieser Gesetze abwenden. „Missverständnisse“ sollen es aber nur sein! Man lerne sich zu wenig kennen und deshalb sei vor allen Dingen das Hauptgewicht darauf zu legen, alle Teile und Interessenten der sozialpolitischen Gesetze erst einander näher zu bringen.

Das will Herr von Frankenberg, wohlhabender Stadtrat in Braunschweig, mit seiner neuen „Gesellschaft für Arbeiterversicherung“, die sogar international wirken soll. Der letzte internationale Arbeiterversicherungskongreß zu Wien vom September 1905 liegt dem braven Stadtrat noch schwer im Magen. Die Sturmstimmung bei dem Versuch, den Arbeiterdelegierten das Wort zu entziehen, das Gelächter über die launischen Lügen unserer Regierungsmänner über die Wirkung der herrlichen Gesetzgebung, die sogar einen russischen Kruzengraf zu einem Soborgang auf die Fürsorge des Väterchen Jar verleiteten, haben ihm zu denken. Er kann und kann endlich ein Plan! Man muß unbedingt in Deutschland den Anfang machen mit einem Verein — zunächst ja so „wenig“ Vereine schon existieren — und in diesem alle Interessenten zusammenarbeiten lassen! Denn es fehle der engere Zusammenhang untereinander und die gleichmäßige Beteiligung von Beamten und Privaten, Ärzten, Schriftstellern, Arbeitern, Vertretern der Krankenkassen, Berufsvereinigungen, Versicherungsanstalten u. s. w. Die Kongreßgänger ja immer auseinander und kein Aktionskomitee bleibe bestehen. Deshalb diese neue „Gesellschaft“. Nun, sehr bunt wird diese Gesellschaft allerdings aussehen. Mit den — „Beamten“ fängt ja auch Frankenberg an! Deshalb auch nicht? Wir leben in einem Beamtenstaat und die Zukunft der ganzen Arbeiterversicherungsgesetze soll ja auf die „Mitarbeit“ schneidiger Beamten beruhen. Deshalb hat auch der Beamte von Frankenberg an seine Kollegen, die ja bekanntlich alle Weisheit gepachtet haben, in erster Linie gedacht. Dazu kommen die — „Privaten“, die, besser gesagt, von der ganzen Materie wenig oder gar nichts verstehen und deshalb den Herren Beamten doppelt angenehm sein können. Das dann die Ärzte wieder zuzut bemerkt werden, hat seinen Grund darin, daß nach der Meinung vieler Leute die ganzen Gesetze ja für die Hebung der Lage des deutschen Arbeiterstandes extra gemacht wurden. Deshalb ist es ganz richtig, die Arbeiter und deren Institute ganz zuletzt zu nennen. Ja sagen haben diese ja doch nichts, weshalb also das Aufsehen?

Sind sie sich also wirklich solche „Arbeitervertreter“, die Lust und Liebe haben, an dem Wagen ehrgeiziger Beamten zu ziehen, so kann die Sache ja losgehen!

Was soll nun diese bunte Gesellschaft leisten? Für den Ausbau der Versicherungsrechte wirken? Gewiss! Das wäre ja Grund zum Staunen der hohen und höheren Behörden, der Herren Vorgesetzten der Beamten. Man bestimme — „zentrale Fragen“, ist eben zusammen, lezt sich lassen, sagt sich viele Kräfte in gegenseitiger und verläßt sich einem „angenehmen Abend“ die Stube wieder! In welcher Richtung diese Gesellschaft am „Ausbau“ der sozialpolitischen Gesetzgebung arbeiten soll, hat von Frankenberg trotz einer „unerschrockenen“ Darlegung seines Planes in dem Reformblatt für Arbeiterversicherung nicht vermocht. Wir waren deshalb sehr gespannt, das Nähere zu hören, wenn Frankenberg seinen lange angekündigten Vortrag über dieses Thema in Frankfurt a. M. halten würde. Wir lesen aus diesem Vortrag in letzter Nummer des Reformblattes, das offenbar nach dem Sitzungsprotokoll berichtet, und sind noch mehr enttäuscht. Von einem bestimmten Programm gar keine Spur. Worte, Worte, die bekanntlich auch den Diplomaten dienen, die wenigstens Gebunden zu verbergen. Um alle Kräftefragen den bekanntsten Eintrag — im Sinne Rich. Aufbau der Gesetze, Beteiligung der Kräfte, letzter Versuch, die nicht erst ein Frankenberg zu wiederholen brauchen. Nur angeblich, leise und ganz, damit es ja nicht aufstehe, finden wir in dem Referat auch die Ansicht des „Ausschusses“ über die künftige Gestaltung des Selbstverwaltungsrechtes. Die Hälfte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und an der Spitze des Ausschusses ein — Beamter des Staates oder der Kommune! Das will ja auch der vielgenannte Dr. Fremde-Berlin, der ja ausdrücklich versichert, daß das „wahr“, richtige Verwaltungsrecht nur dann vorhanden sei, wenn die Versicherer nichts mehr zu sagen haben, die „Spitze“ alles allein macht, machen kann, wie dies ja heute schon ein Dr. Fremde als „Spitze“ der Landesversicherungsanstalt Berlin tatsächlich machen kann, um zwei bis dreimal im Jahre die Herren „Seiner“ zu einer Sitzung einzuladen hat.

Frankenbergs Plan ist dabei für die Gruppe, die ihren Sitz möglichst am Ende eines Scheitergraben für Arbeiterversicherung haben soll, doch „mündliche Arbeit“ gründen! Die neue Gesellschaft soll für die „Ermittlung von Versicherungsheimen, für Verwaltung von Versicherungen über gewerbliche Hygiene, Gesundheitspflege“ u. dgl. wirken — die Schaffung einer Arbeitsstelle für Arbeiterversicherungsangelegenheiten — „Arbeiter“. Ja das alles? Und deshalb das Geschehen? Dazu kommt man wohl noch keine neue Gesellschaft zu gründen. Versicherungswesen werden ja heute schon von Sozialisten, Versicherungsbeamten u. s. w., aber wie dies einzig möglich, herausgetragen, das ja gewöhnliche Mittel fehlen. Rechnungen dieser Art veranlassen jede Gewerkschaft, die auch in allen Städten besteht, in Ankaufstellen — Arbeitervereine zu errichten und zu erhalten, die aber dazu noch zu tun haben, als war in Versicherungsangelegenheiten zu gehen.

Frankenbergs Plan ist dabei verworfen. Will man wirklich Sozialpolitik treiben, so geht der ganze Segen bald aus dem Sinne, da ja die unterirdischen Elemente der „Arbeiter“ werden lassen. Eine neue „Karte“ des verstorbenen Dr. Müller im Reichstag wird jähling herbeigeholt, die rechtsrheinischen Pläne der Regierung werden in Gegenwart der Herrn Beamten, die ja „des Wortes“ nicht ermüdet „wähnen“ werden dürfen. Unerschrockene Forderungen der Kräfte, die gewarnt das höchste Selbstverwaltungsrecht zur Seite haben wollen, darf man nicht mit dem linken Bein nennen, und die Vertreter der Versicherungsanstalten und Versicherungsbeamten werden dagegen protestieren, wenn der Versuch gemacht würde, deren unerschrockene Verwaltungsgang zu bestreiten. Ja einem „angenehmen Abend“ haben, sozialpolitische Kräfte haben aber das organisierte Protestieren keine Zeit und auch deshalb über die Beschäftigten zusammenhängen zur Tagesordnung übergehen.

### Vom Schiffbau.

Den Werftbestellern geht es wie vielen Bauern. Ist die Ernte schlecht, so schimpfen diese; ist sie gut, so schimpfen sie auch, und zwar darüber, weil sie nicht besser gewesen ist. Wie die nachfolgenden Zeilen zeigen, sind die bedeutendsten deutschen Werften durchweg alle sehr stark beschäftigt. Trotzdem vielfach Jammern und Schorf-machen ein-gross.

Emden. Nordseewerke. Abgeliefert: Doppelschraubendampfer „Sajonia II“ für argentinische Rechnung (Tragfähigkeit 900 Tons).

Kriegesgesellschaft Weser, Bremen. Aufträge: Zwei Leuchtschiffe vom Sonnen- und Vahenami Bremen und eins von der Regierung in Schleswig.

Bei H. G. Rickmers in Geestemünde lief am 8. Februar der Fünfmaster „H. G. Rickmers“, das größte Segelschiff der Welt (6400 Tons), vom Stapel.

Geestemünde. G. Seebeck, Aktiengesellschaft. Auftrag: Vier Fischdampfer für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Nordsee. — Joh. C. Ecklenborg, Auftrag: Zwei Frachtdampfer für Hamburg Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft (je 6000 Tons). Abgeliefert: die Frachtdampfer „Hessen“ und „Westfalen“ für den Norddeutschen Lloyd (je 6000 Tons). Der Aufsichtsrat hat beschlossen, neben reichlichen Abschreibungen auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen.

Wegesand. Bremer Vulkan. Auftrag: Fracht- und Passagierdampfer von 8000 Tons für die Hamburg-Amerikalische. Stapellauf: Frachtdampfer „Schwaben“ für den Norddeutschen Lloyd (Wasserverdrängung 8000 Tons; besonders für Frachtransport eingerichtet). Abgeliefert die Dampfer „Anatolia“ und „Aginia“ von je 3000 Tons Tragfähigkeit für die Bremer Dampferlinie Atlas. Nach dem Jahresbericht der Firma wird eine Dividende von 10 Prozent verteilt werden (gegen 6 Prozent im Jahre 1904). Außerdem werden umfangreiche Abschreibungen vorgenommen und 120000 Mk. zur Bildung einer Spezialreserve zurückgestellt werden. Die Höchstzahl der beschäftigten Arbeiter betrug 2500 (1904: 2200). Gesamtanlange der 1905 abgelieferten Fahrzeuge: 34250 (24000). Außerdem wurden noch gebaut 11 Dampfmaschinen und 15 Lichtmaschinen von zusammen 20280 indizierten Pferdestärken (15600), ferner 32 Dampffessel von zusammen 6000 Quadratmeter Heizfläche. Gesamtanlange der von 1905 übernommenen und bis jetzt erhaltenen neuen Aufträge: 30000. Weitere Aufträge: 12 Dampfmaschinen und 15 Lichtmaschinen von 17700 indizierten Pferdestärken und 25 Dampffessel von 4200 Quadratmeter Heizfläche.

Einwärts. F. Frerichs, Aktiengesellschaft. Auftrag: Ein Fischdampfer für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Nordsee. — Hamburg. Blohm & Bosh. Aufträge: Zwei Doppelschraubendampfer und Passagierdampfer von je 8300 Tons Größe für die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos; ein Fracht- und Passagierdampfer von 8000 Tons für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Stapellauf: Dampfer „Prinzessin“ für die deutsche Ostafrikanische. — G. Brandenburg. Stapellauf: Dampfbaraffe für die hamburgische Hafenpolizei. — Janssen & Schmilinsky. Abgeliefert: Dampfer „Adjutant“ für die deutsche Ostafrikanische. — Die Dersche Werft hat eines der beiden Motorboote, die von der kaiserlichen Marine bestellt worden sind, abgeliefert. Diese Boote sollen vorübergehend als Weiboote auf Torpedobooten verwendet werden. Außerdem hat die Werft verschiedene Motorboote von Privatleuten in Auftrag erhalten. — Reichersteig. Schiffswerft. Aufträge: Je ein Fulschleppdampfer und großer Leichter für Fischtransport von einer Firma in Nikolajewsk. Ein Frachtdampfer von 300 bis 400 Tons. — G. S. S. S. S. Sohn. Auftrag: Zwei Fischdampfer für Konsortien Alaskaer Industrieller und Kaufleute. — F. S. N. Bichhorst. Auftrag: Je ein Fischdampfer für Egon Vidal in Hamburg und Rhode & Gebeling in Altona. Stapellauf: Schleppdampfer „Wag Soetje“ für die Bugfischermeister Gebrüder Soetje, Hamburg.

Lönning. Siderwerft. Stapellauf: Dampfer „Maia“ für die Firma Holm & Volgen in Schleswig (Ladefähigkeit 3950 Tons). Abgeliefert: Frachtdampfer „Mars“ für A. Hansen in Flensburg. Flensburg. Schiffsbauwerkstatt. Stapellauf: 6. Januar: Nr. 255, Frachtdampfer „Stolzenfels“ für die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen (Tragfähigkeit 8000 Tons); 10. Februar: Dampfer „Vindin“ für die deutsch-australische Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg (Tragfähigkeit 6750 Tons); 3. März: Dampfer „Celia“ für die Firma A. Kirsten in Hamburg (Tragfähigkeit 1500 Tons). Abgeliefert: Dampfer „Gutenfels“ für die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen (Tragfähigkeit 8000 bis 9000 Tons).

Dietrichsdorf bei Kiel. Hornaldbitzerwerke. Stapellauf: Schwimmboot für die königliche Hafenbauinspektion in Pillau (Tragfähigkeit 900 Tons); Fracht- und Passagierdampfer „Mathilde“ für die Firma M. Zehsen, Apentrade (Tragfähigkeit 1800 Tons); drei Passagierdampfer für die Neue Dampferkompanie in Kiel; der Tender „Delphin“ für die Kaiserliche Marine. Abgeliefert: Frachtdampfer „Marie“ für M. Zehsen in Apentrade (das zwanzigste Schiff, das an diese Reederei geliefert worden ist).

Kiel. Kaiserliche Werft. Kiellegung: Kleiner Kreuzer „Erfolg Blig“.

Kennwälden bei Kiel. F. Jakobson. Auftrag: Ein Nordseefischerkutter für die Firma Bachhaus in Blankenese, der sämtliche neuartigen Verbesserungen enthalten soll.

Sabed. Henry Koch. Auftrag: Dampfer „Ranee“ für Rechnung des Norddeutschen Lloyd (600 Tons, bestimmt für hinterindische Küstenfahrt). Stapellauf: Dampfer „Gise zum Bach“ für die Firma Lehnhardt & Blumentberg in Hamburg (Tragfähigkeit 2900 Tons). Abgeliefert: Kohlendampfer „Helene Blumentfeld“ für die Firma Ed. Blumentfeld in Hamburg; Dampfer „Gerta“ für die Flensburg-Dampfschiffahrtsgesellschaft von 1869 (Tragfähigkeit 2800 Tons), bestimmt für die Fahrt an der arktischen Küste.

Koßdorf. Reptunwerft. Stapellauf: im Dezember der Dampfer „Hornrad“ für die Firma G. E. Horn in Schleswig (4000 Tons; das fünfzehnjährige von der Reptunwerft an diese Reederei gelieferte Schiff). Trotz der gegenwärtig dort herrschenden Differenzen ist der Aufsichtsrat immer noch in der Lage, neben reichlichen Abschreibungen und den gesetzlichen Rücklagen eine Dividende von 5 Prozent vorzuschlagen. Außerdem sollen in Rücksicht auf die noch ungelärten Arbeiterverhältnisse den Dispositionsfonds noch 55000 Mk. überwiesen werden. Über diese Vorschläge wird eine für den 21. März einberufene Generalversammlung entscheiden. Die Werft ist mit Aufträgen versehen, die teilweise noch in das Jahr 1907 hineinreichen.

Stettin. Oberwerke. Aufträge: Passagierdampfer für Meise Küstenfahrt (Beschleunigung mit Schornsteinfelge und eleganter Aufstellung); drei Barkassen für Rechnung der Regierung; zwei Doppelschraubendampfer für Berliner Rechnung. Abgeliefert: Sechsbarker „Sommer“ für Rechnung der Stettiner Kaufmannschaft (Beschleunigung von 1200 indizierten Pferdestärken, Bergungspumpe mit 500 Kubikmeter pro Stunde Leistungsfähigkeit, außerdem noch Leuchtbojen zur Aufnahme von Kaufmannsgütern, die von havarierter Schiffe geborgen sind); Dampfer „R. E. Frohne“ für Flensburg-Rechnung. — Vulkan. Auftrag: Kleiner Kreuzer „Erfolg Bach“ (soll

Zurbinentrieb erhalten). Stapellauf: Dampfer „Navarra“ für die Hamburg-Amerikalinie. Die Wasserdrängung des vollbeladenen Schiffes beträgt 11.800 Tons. Es soll hauptsächlich für den Fracht- und Zwischendeckspassagierverkehr nach dem Sa Plata dienen. Die Kessel sollen für künstlichen Zug eingerichtet werden.

Danzig. Johansen & Co. Abgeliefert: Radschleppdampfer „Blöclanet“ für die Firma Joh. Jd in Danzig. Länge 48 Meter, Breite 6,15 Meter, Seitenhöhe 2,15 Meter. Dreifach-Expansionsmaschine von 335 indizierten Pferdestärken. Da das Schiff hauptsächlich für den Schleppdienst auf der russischen Weichsel bestimmt ist, hat es nur 62 Zentimeter Tiefgang.

Papenburg. Jos. C. Meyer. Abgeliefert: Dampfer „Buffard“ für Rechnung der Regierung zu Schleswig.

Die neue, von der Firma Frerichs & Co. zu Emswarden projektierte Werft soll so groß werden, daß dort 2000 Arbeiter beschäftigt werden können. Es sind sechs Hellinge vorgesehen.

Für den Dockbetrieb der Nordseewerke in Emsden ist eine eigene Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet worden. Das Stammkapital beträgt 780.000 Mk. Geschäftsführer ist der Werftdirektor Hans W. Schulz in Emsden.

Als klassisches Beispiel von der Industrialisierung Deutschlands kann man die Tatsache betrachten, daß der Eigentümer des an der Trave zwischen Bülbeck und Travemünde gelegenen Hofes Dänischburg eine eifrige Propaganda betreibt zur Verwertung eines an der Trave günstig gelegenen Terrains zur Anlage einer großen Schiffs-werft nebst Maschinenfabrik und Schwimmdock. Von interessierten Kreisen wird diesem Unternehmen eine große Zukunft prophezeit. Man rechnet jedenfalls auch damit, daß es nicht in oder in unmittelbarer Nähe einer größeren Stadt liegen wird, so daß die erforderlichen qualifizierten Arbeiter sich schon in der Nähe ansiedeln und auf diese Weise in große Abhängigkeit von dem Unternehmen begeben müssen, während die dortige Landbevölkerung dann die für nötig gehaltenen „billigen“ Arbeitskräfte stellen wird.

In der Kaiserlichen Marine werden Versuche mit dem vom Großherzog von Oldenburg erfundenen Mikropeller gemacht. Zunächst wurde ein Torpedoboot mit einem solchen versehen. Es gelang aber nicht, mittels dieses Propellers die Fahrtgeschwindigkeit des Bootes zu steigern.

Ein neuer Grund für die alldeutschen Hanswürste, auf der Marm-trompete zu tuten und neue Aussicht für die Eisen- und Stahl-industrie, auf Kosten des arbeitenden Volkes ihre Geldsäcke zu füllen, ist folgender: aus der britischen Staatswerft zu Portsmouth ist am 10. Februar das Schlachtschiff „Dreadnought“ (Fürchtenicht) vom Stapel gelaufen, ein Schiff, das, wenn man den Prahlereien der englischen Jingo-Prese glauben schenken darf, an Größe, Geschwindigkeit, Armierung, Aktionsradius, kurz in allem, was so einen Mordekisten befähigt, seine gräßliche Aufgabe zu erfüllen, alles bisher Dagewesene übertrifft. Von diesem Schiffe wird behauptet, daß es imstande sei, die ganze deutsche Flotte zu vernichten, ehe diese bis auf die Schiffsweite ihrer Geschosse heran gekommen kann. Das Schiff soll 1907 fertig sein und dann der atlantischen Flotte zugeteilt werden. Die acht Schlachtschiffe, die diese Flotte dann enthalten wird, sollen dann imstande sein, in einer Minute 38 zwölfzöllige und 28 9,2zöllige Geschosse zu verschießen, während sämtliche 16 moderne deutsche Linienschiffe nur 24 elfzöllige und 40 9,4zöllige Geschosse vernichten können. Da nun die kleineren Geschosse nicht so weit fliegen wie die großen, werden wir bald die Flottenvereiner die Lärntrommel rühren hören. Allerdings hat die deutsche Fachpresse sich schon beeilt, den Über-treibungen der englischen Jingos einen gehörigen Dämpfer zu ver-abreichen. Das wird die alldeutschen Spektakelmacher indessen wenig an ihrem verrückten Treiben hindern.

Die französische Zeitschrift Le Yacht kritisiert den Bericht über das französische Marinebudget und führt dabei unter anderem aus, daß der Kammsporn unruhig sei, zumal ein Schiff, das ihn im Gefecht brauchen will, bis zum letzten Augenblick in Gefahr ist, selber von dem feindlichen Schiffe gerammt zu werden, solange dieses sich noch bewegen kann. Auch tadelt die Zeitschrift die hohen Decksaufbauten und das mit Recht. In früheren Zeiten suchte man die Kriegsschiffe möglichst niedrig zu bauen. Die modernen Linienschiffe ragen aber häuöch aus dem Wasser hervor und bieten auf diese Weise den feindlichen Geschossen eine gewaltige Zielfläche. Eine Verrücktheit sondergleichen, die sich in der deutschen Marine aber sehr stark vor-findet.

Nachdem im Laufe der Jahre die Torpedoboote allmählich immer größer gebaut worden sind, so daß von Torpedobooten zu-lehst eigentlich schon keine Rede mehr sein konnte, wird es jetzt zur Abwechslung einmal wieder mit ganz kleinen Booten versucht. Yarrow & Co. in London haben eins gebaut, das nur 60 Fuß lang und 9 Fuß breit ist. Es hat aber drei Schrauben, von denen die mittlere umfester ist. Sie werden von Gasolünemotoren ge-trieben. Der mittlere Motor hat 60 Pferdestärken und die beiden äußeren haben je 120. Das Boot soll 25 1/2 Knoten laufen können. Es trägt hinten ein Torpedorohr und vorne ein Maschinengewehr mit Schild. Das ganze Gewicht dieses Bootes beträgt nur 8 Tons. Es ist so stark in den Verbänden, daß es an Bord eines größeren Schiffes gehißt werden kann. Der Preis soll nur ein Fünftel betragen. Es wird nicht lange dauern, dann werden wir nach Ansicht unserer Flottenjäger auch solche Blechschachteln haben müssen. Wir wissen ja auch gar nicht, wohin mit dem Gelde der Steuerzahler.

### Die Metallarbeiterverhältnisse auf den Kaiserlichen Werften in der Budgetkommission des Reichstags.

Beim Statistiker: Marineverwaltung haben es seit Jahren die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission als ihre Aufgabe betrachtet, die Verhältnisse der Arbeiter auf den Kaiserlichen Werften zu erstern. Dieses Jahr behandelte Genosse Hue, der von Haus aus Metallarbeiter ist, dieses Thema. Es ist um so aktueller, da bekanntlich unsere Kollegen auf den Kaiserlichen Werften in Kiel und Wilhelmshaven in eine Bewegung zwecks Anbesserung ihrer sozialen Lage eingetreten sind.

Am 8. Februar brachte Genosse Hue bei der Position „Material-beschaffung“ zur Sprache, wie auf den Kaiserlichen Werften die Arbeit verteuert wird durch Materialverschwendung und vielfach fehler-hafte Konstruktionen. Als Unterlage diente unserem Kollegen hauptsächlich reichhaltiges von der Zeitung des Reichstages des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geliefertes Material.

Zunächst sind auf dem großen Kreuzer „Hoon“ zwölf Heißdampf-pumpen vollständig eingebaut worden, obgleich man vorher auf „Prinz Adalbert“ die Erfahrung gemacht habe, daß die Pumpen nicht genügend leisten. Später habe man dann auch auf „Hoon“ die Pumpen herausreißen müssen. Vier Schieber für die Haupt-maschine hätten sich als unbrauchbar herausgestellt, müßten weg-geworfen werden, ein fünfter, der sich noch in der Gora befand, wurde zerföhren. Auf dem Kreuzer „Prinz Adalbert“ rückte sich nach sorgfätiger Fahrt ein Riß von etwa 400 Millimeter Länge am Hochdruckzylinder heraus. Beim der Zylinder vor dem Einbauen

mit dem üblichen Überdruck probiert worden wäre, hätte sich schon damals der Defekt finden müssen. Das Ausbauen des defekten und Einbauen des neuen Zylinders erforderte enorme Kosten, weil die Decks aufgerissen werden mußten. In den drei Kondensatoren des Linienschiffes „Kaiser Karl der Große“ mußten Reparaturen vor-gewonnen werden, der Auftrag lautete auf Auswechseln einiger Muttern. Bei dieser Arbeit bemerkten die Arbeiter, daß die Bohre in dem Kondensator in der Mitte total zerföhren waren und darum ausgewechselt werden mußten. Der leitende Ingenieur hörte aber nicht auf die Melbung der Arbeiter. Bei der Druckprobe stellte sich die Melbung der Arbeiter als richtig heraus, alles mußte wieder aufgerissen und die Bohre erneuert werden. Solche Vorkommnisse seien nach den ihm (Hue) gewordenen Mitteilungen gar nicht selten. Sie resultierten augenscheinlich aus dem bürokratischen System, die Arbeitervorschlüge zu mißachten. Hierdurch würden viele tausend Mark Steuergroschen verschleudert. Dringend sei hier eine Änderung erforderlich.

Kapitänleutnant zur See Capelle versuchte natürlich, die An-gaben Hues zu entkräften, teilweise als irrtümlich hinzustellen. Kon-struktionsfehler kämen überall vor. Der Zylinder sei vorher probiert worden; daß er dennoch defekt wurde, sei ein unglücklicher Zufall. Mit den zerföhrenen Rohren wollte Herr Capelle die Sache so drehen, als ob auch dieser Vorgang „natürlich“ wäre. Im übrigen sollten alle Details nachgeprüft werden.

Hue entgegnete, es komme darauf an, daß die Arbeiter pflicht-gemäß Melbung von den zerföhrenen Rohren gemacht hätten, aber der heilige Bürokratismus habe wohl nicht geduldet, sich von nicht-akademisch gebildeten Praktikern „Vorschriften“ machen zu lassen. Den Schaden habe natürlich die Reichskasse, in der das Defizit ohnehin immer größer würde. Wenn der Zylinder vor dem endgültigen Einbauen vorschriftsmäßig probiert worden sei, dann wäre der Riß bei der Probefahrt einfach unbegreiflich. Hue führte ferner an, auf der Wilhelmshavener Werft sei eine Vorrichtung zur Übernahme von Kohlen für Schiffe der Grandenurgklasse drei, viermal vollständig umgearbeitet worden, und erst nach der vollendeten Einrichtung habe man die Zeichnung angefertigt. Gewöhnlich sei es üblich, umgekehrt zu verfahren. Natürlich seien solche „Versuche“ erklärlich, aber mo eine solche enorme Menge Techniker und Ingenieure vorhanden, außerdem derartige Kohlenübernahmeeinrichtungen doch schon er-rierten, könne man promptere Konstruktion erwarten. Eine ganze Reihe Mitteilungen liegen vor, wonach eine große Menge wertvoller, aus Bronze, Stahlguß oder anderem Material gefertigter Gegenstände zum Abfallhaufen wandern und billig an Althändler losgeschlagen würden. Darum brauche man sich schon nicht über den teuren Werftbetrieb zu wundern. Auf andere Ursachen der Verteuerung werde er später zu sprechen kommen; jedenfalls liege sie nicht in den Arbeiterlöhnen.

Kapitänleutnant zur See Capelle erwiderte, die erwähnten Gegenstände könnten nur Reservestücke etc. sein, sie kämen nicht in den Abfall. Übrigens solle das nachgeprüft werden. Starichungen zur Kohlenübernahme seien noch nicht zufriedenstellend konstruiert, bei keiner Marine der Welt. Der japanisch-russische Seekrieg habe das bewiesen.

Abgeordneter Müller-Sagan (frei.) sagte, die von Hue vor-gebrachten Mitteilungen seien doch so ernster Natur, daß der Reichs-tag und die Marineverwaltung den Dingen ernste Beachtung schenken müsse. Abgeordneter Spahn (Zentrum) ersuchte Hue, den Kom-missionsmitgliedern das einschlägige Material zu stellen. Hue sagte dies zu. Anderes Material würde eventuell im Plenum vorgebracht werden.

In der Budgetkommissions-Sitzung vom 9. März kamen die eigent-lichen Arbeiterverhältnisse auf den Kaiserlichen Werften zur Sprache. Der freisinnige Abgeordnete Leonhardt drückte Be-denken aus gegenüber der angeforderten Einführung der Reun-tundenschicht. Die Privatindustrie würde dadurch benachteiligt.

Abgeordneter Hue führte dagegen aus, es sei im Gegenteil sehr erfreulich, daß die Kaiserlichen Werften in der Arbeitszeitverteilung den Privatwerken mit gutem Beispiel vorangehen. Redner fragte an, wie es sich denn verhalte mit der Nachricht, daß am 1. April d. J. auf der Kaiserlichen Werft der Reun-tundenschicht eingeföhrt werden solle, und wie solle die Schichtzeit geregelt werden? Es handele sich auch nicht um eine einständige Schichtverteilung, sondern nur um 25 bis 35 Minuten, da heute die effektive Arbeitszeit (abzöglt. der Pausen) 9 Stunden und 25 bis 35 Minuten betrage. Dem Vernehmen nach wolle die Marineverwaltung die neunständige ungeteilte Ar-beitszeit einföhren. Das sei den Ansichten der Arbeiter zum Beispiel in Wilhelmshaven zuwider. Sie wünschten eine geteilte Arbeitszeit. Das möchte die Verwaltung berücksichtigen. Hue freute sich, Kon-statieren zu können, daß jetzt die Arbeiter auf den Kaiserlichen Werften weniger über schlechte Behandlung zu klagen hätten. Immer seien zwar noch einzelne Beamte besonders tadelnswert, zum Beispiel der sogenannte „Meister Willig“, aber diese Beamte empfehle er der Beachtung durch die Marineverwaltung, die doch gewiß ein Interesse daran habe, in einem guten Verhältnis zu ihren Arbeitern zu stehen. Dringend der Reform bedürftig seien die Lohnverhältnisse auf den Werften. Zwar sei auf das Ersuchen mehrerer großer Ar-beiterversammlungen hin am 1. Januar eine Lohnverbesserung vor-gewonnen, indem man die unterste Lohnklasse richtig und die betreffenden Arbeitergruppen in die nächsthöhere Lohnklasse versetzte. Aber das sei nicht allgemein geschehen, vielmehr blieben Arbeiter in ihren alten Lohnstufen, man habe sogar einige der höchsten Lohnstufen herabgesetzt. Im Grunde genommen sei es also fraglich, ob diese Verbesserung eine Mehrausgabe an Löhnen bedinge. Aber die Arbeiter hatten eine Teuerungszulage verlangt wie die Beamten, die ist abgeschlagen worden! Die am 1. Januar eingetretene Lohnverbesserung sei nur sozusagen am 1. April fällig gewesen. Hue befürwortete, am 1. April abermals eine allgemeine Ver-fügung in die höhere Lohnstufe vorzunehmen und die höchste Lohnstufe aufzubeßern. Die Kaiserlichen Werften zahlten bedeutend geringere Löhne als die Privatindustrie. Redner führt dafür Beispiele an aus Berlin, Wilhelmshaven, Kiel und Danzig. In Berlin haben bei den betreffenden Firmen die Werkzeugearbeiter 60 bis 72 1/2 Pf. Stundenlohn, in einer anderen Werkstat bei neunständiger Schicht 75 Pf., bei acht-stündiger Schicht 80 Pf. Stundenlohn. Die Werkzeugmacher auf der Kaiserlichen Werft haben aber nur 34 bis 42 Pf. Stundenlohn, und wenn sie den höchsten Akkordzuschlag (50 Prozent) erhalten, doch nur 51 bis 63 Pf. Stundenlohn, also bis 17 Pf. weniger als ihre Berufsgenossen in der Privatindustrie. In der Berliner Maschinenbauindustrie haben Maschinenbauer, Graveure und Züchler 60 Pf. bis 110 Mk. Stundenlohn, auf der Kaiserlichen Werft mit dem höchsten Akkordzuschlag nur 51 bis 63 Pf. Die Schlosser und Dreher in der Privatindustrie haben 60 bis 80 Pf. Stundenlohn, auf der Kaiserlichen Werft bekamen sie mit höchstem Akkordzuschlag nur 51 bis 63 Pf. In dieser Beziehung seien die Werften also keine Musteranstalten. Wenn die Staatswerft teurer arbeitet als die Privatindustrie, so liegt das keineswegs an der Ar-beiterlöhnen. Will sich die Staatswerft einen großen Stamm an höchsten Maße tüchtigen Arbeiter erhalten, dann muß sie mindestens die Löhne zahlen, die für dieselbe Arbeiterkategorie in der Privat-industrie üblich sind. Haben wir solche hervorragende Arbeitskräfte nicht, dann sparen wir am Zapfen und lassen's durch's Spundloch

laufen. Die Arbeiter wünschen auch, der Akkordpreis solle jedes-mal dem Arbeiter schriftlich bekannt gemacht werden, dann würden die in dieser Hinsicht laut gemordeten Arbeiterklagen verschwinden. Dem Rechnungsführer Sella ist es wohl nur insolge von Unklar-heit über die Akkordhöhe gelungen, lange Zeit gewissen Arbeitern 50 Pf. bis 2 Mk. weniger auszugeben als für sie im Hauptbuch notiert standen. Hue ersucht um Aufklärung über diesen Fall. Ferner brachte Hue die kolossalen Unterschiede in den Akkordpreisen der Werften Kiel und Danzig zur Sprache. Die Unterschiede betreffen 8 bis zu 50 Prozent. Woher kommt das? Kann da noch sorgfätige Arbeit geleistet werden? Von 100 Arbeitern der Marine-nationen in der Ostsee und in der Nordsee seien 45 und 48 erkrankt, in Danzig aber 62! Das schienen die Folgen der schlechteren Ver-zahlung und der bedeutend größeren Nutzung der Danziger Ar-beiter zu sein. Die Marineverwaltung habe die Pflicht, nach den Rechten zu sehen.

Aus den Antworten, die der Herr Marineminister v. Tirpitz und Herr Geheimer Admiraltätsrat Harms dem Genossen Hue, übrigens in verbindlicher Form, gaben, ist als wichtigstes hervor-zuheben: Die Einführung der Reun-tundenschicht sei noch nicht beschloßen! Es fanden noch Ermägungen über die Wirkung der Arbeitszeitverteilung in wirtschaftlicher und technischer Beziehung statt, wobei auch Rücksicht auf die Privatwerken genommen wurde! Den Anregungen und Wünschen nach Aufbesserungen der Löhne stehe die Verwaltung sympathisch gegenüber. Da aber eben jetzt eine Lohnerhöhung stattfand, müsse doch Maß gehalten werden. Ob das Akkordsystem abzugeben und ein Prämienlohnsystem einzuföhren sei, bedürfe reichlicher Prüfung. Im Falle Sella sei die Untersuchung eingeleitet. Die Kaiserlichen Werften arbeiteten deshalb verhältnismäßig teuer, weil sie besonders viele Reparaturen und Umbauten an älteren Schiffen vorzunehmen hätten. Den großen Unterschied zwischen den Akkordpreisen in Danzig und Kiel erklärten die Herren mit lokalen Verhältnissen, besseren Maschinen und be-gleichen. Eine Nachprüfung der Akkordhöhe finde statt. Allen be-züglichen Wünschen der Arbeiter solle Rechnung getragen werden, soweit es die Finanzlage und der Betrieb gestatte. Die Reun-tundenschicht sei das Ziel der Marineverwaltung.

Abgeordneter Spahn (Zentrum, der seit kurzem in Kiel wohnt) hat sich nach den Arbeiterverhältnissen erkundigt und ist nicht be-sonders schlecht gefunden. Die Arbeiter wußten wohl, welchen Akkord-satz sie für ihre Arbeit bekämen, nur wären manchmal Arbeiter mit in der Kolonne, die nicht mit in Akkord arbeiten, es aber anähren. Daher die Differenzen. Er müsse aber auch bestätigen, daß die Lebensverhältnisse in Kiel sehr teuer seien.

Abgeordneter v. Staude (Konservativ) wünscht, daß die Marine-verwaltung den sachlichen Ausföhren Hues, vorzüglich betreffend der großen Akkordunterschiede, Beachtung schenken und etwaige Gärten mildere.

Abgeordneter Hue bedauert, daß die Nachricht über die Ein-föhrtung der Reun-tundenschicht nicht zutrefte. Er behalte sich vor, im Plenum einen dementsprechenden Antrag zu stellen. Abgeordneter Spahn ist über die Stimmung der Arbeiter betreffend die Akkord-preise nicht recht unterrichtet. Zum Beweis legt Hue Fragebogen vor, auf denen die Arbeiter lesbar befragen, nicht zu wissen, welchen Akkord sie hätten. Darum bitte er, die Akkordierung zukünftig jedes-mal schriftlich zu bezeichnen und den Arbeitern anzuhändigen. Auch wünschten die Arbeiter eine achtstägige Lohnzahlungs-periode, wie sie auf anderen Werften schon bestche. Human-verfahre die Verwaltung nicht in allen Fällen; so habe sie einem Schmied, der wegen Unfall eine 20prozentige Rente zugesprochen erhielt, den Lohn von 4.40 Mk. auf 3 Mk. reduziert, um erhalte der Mann mit der Rente täglich 52 Pf. weniger als vor dem Unfall. Hue gibt dann an Beispielen bekannt, daß die Zahl der Beamten eine außer-gewöhnlich große sei, darin liege auch eine unnötige Verteuerung der Arbeit. Gewissen Arbeiterkategorien, zum Beispiel Feiern und Seelenten, würden ihre Überstunden nicht bezahlt. Das müsse geändert werden.

Die Marineverwaltung gab zu, daß unbezahlte Überzeit vorkomme. Der Sache solle näher getreten werden. Im Vergleich mit gewissen Privatwerken in Berlin, Nürnberg, Düsseldorf u. s. w. sei die Beamtenszahl auf den Kaiserlichen Werften noch niedrig. Damit war dieses Thema erledigt.

### Die Lohnbewegung in den Daimlerwerken in Untertürkheim-Stuttgart.

Seit längerer Zeit schon entfaltet die Kollegen dieses größten württembergischen Betriebes eine intensive Agitation, um die Zu-differenzen auszurüsten und um zeitgemäße Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Es sollte mit den vielen Überstunden ausgekannt und den von den Meistern vircus gebürten „Lohnregulierungen“ ein Riegel vorgeföhrt werden. Hauptächlich streben aber die Kollegen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit an. Dies war um so rötiger, da Hunderte von Arbeitern bis über eine Stunde Weges zurücklegen haben, um die Fabrikation zu erreichen, von der aus sie nach Untertürkheim befördert werden. Am Freitag den 9. Februar fand nun eine allgemeine Fabrikversammlung statt, in der circa 1700 Arbeiter amweid waren. Bezirksleiter Dorfölzer referierte und unter hürnischem Beifall wurde beschlossen, der Direktion durch die Organisation folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Alle Vorgelegten sind streng anzuweisen, die Arbeiter an-kündig zu behandeln.
  2. Damit Lohnabzüge durch einzelne Meister künftig nicht mehr möglich sind, wird von der Firma für jede Abteilung eine Akkord-preisliste mittels Schreibmaschine hergeföhrt, die bei den Meistern auf-bewahrt wird und für die Arbeiter zur Einsicht aufliegt. Bei Übernahme eines Akkordes wird dem Arbeiter die Liste vorgelegt. Änderungen an festgesetzten Akkordpreisen werden nur auf Grund technischer Ver-besserungen vorgenommen und wird bei Preisänderungen ein von den Arbeitern der betreffenden Abteilung bestimmter Vertrauensmann hinzugezogen. Kann eine Einigung nicht erzielt werden, so hat der Arbeiterauschuss das Recht, bei der Direktion vorstellig zu werden.
  3. Die Firma wird ersucht, die festgesetzten Tagelöhne um 10 Pro-zent zu erhöhen und für Neukonstruktionen, die erstmals in Lohn geföhrt werden, den betreffenden Arbeitern einen ihren durchschnittlichen Akkordendienst entsprechenden Lohnsatz zu gewähren.
  4. Die Überzeitarbeit zu viel wie möglich einzuschränken, auf keinen Fall aber sie in der Mittagspause zu gestatten.
  5. Wird die Firma höflich ersucht, dem Wünsche der Arbeiter auf Einföhrtung der neunständigen Arbeitszeit Rechnung zu tragen und dieselbe für alle Abteilungen des Werkes einzuföhren.
- Am 16. Februar wurden nun der Bevollmächtigte von Stutt-gart, Kollege Bremer, und der Bezirksleiter bei der Direktion vor-zeig. Direktor Daimler war zwar sehr höflich, erklärte aber be-züglich einer Unterhandlung keine Zugeständnisse machen zu können, da das ein Gesamtbeschluss der aus sechs Herren bestehenden Direktion erforderlich sei. Am selben Tage ging daraus von der Direktion der Be-zugsleiter Dorfölzer vorstellig zu werden, da sie von ihrem bisherigen Standpunkt — mit dem Arbeiterauschuss zu verhandeln — nicht abgehen könne. Nachdem sich am 22. Februar eine Vertrauensmann-ersung mit der Sachlage befaßt hatte, beschloß am 23. Februar eine tief geglaubte Versammlung nach längerer Diskussion, dem Arbeiter-ausschuss Vollmacht zur Unterhandlung zu erteilen, um zu sehen, ob es der Direktion auch Ernst sei oder ob sie nur Zeit gewinnen wolle. In zwei Sitzungen mit der Direktion gelang es nun unseren Kollegen, nachstehende Vereinbarung mit der Direktion zu treffen:

Die Arbeiter, welche einen Afford erhalten, haben das Recht, bei den Meistern davon Kenntnis zu nehmen, daß der festgesetzte Affordpreis mit dem in der Weise der Meister befindlichen Listen oder Aufordern übereinstimmt. — Bei Änderungen an festgesetzten Affordpreisen wird ein von den Arbeitern der betreffenden Abteilung bestimmter Vertrauensmann beigezogen. — Kann eine Einigung nicht erzielt werden, dann hat der Arbeiterausschuß das Recht, bei der Direktion vorstellig zu werden.

Für die Arbeitsmaschinen und die Schmiede wird Doppelschicht à 8 Stunden eingeführt mit den bisherigen Afforden. Die Stundenlöhne werden in der Weise richtig gestellt, daß die Arbeiter in 8 Stunden den gleichen Verdienst haben wie bisher in 10 Stunden. — Stellt sich heraus, daß die Arbeiter trotz intensiver Arbeit zu den Affordlösen nicht auf den bisher in 10 Stunden erzielten Lohn kommen, so werden die Affordlöse revidiert.

Für diejenigen Abteilungen, in welchen nicht in Doppelschicht gearbeitet wird, wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden pro Tag (Anwesenheit in der Fabrik) ermäßigt. Die Stundenlöhne werden entsprechend erhöht, damit die Arbeiter auf den gleichen Lohn kommen, welchen sie bisher bei 10stündiger Arbeitszeit erhielten.

Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, daß auch für diese Arbeiter die Doppelschicht eingeführt werden muß, dann wird sie in gleicher Weise wie die für die Arbeiter an Arbeitsmaschinen vorgelehene durchgeführt, jedoch mit der Maßgabe, daß die Stundenlöhne entsprechend erhöht werden müßten.

Ehe diese Maßregel eingeführt wird, würde man mit Überzeit noch einen Versuch machen, womit die Arbeiter, sofern es nicht zu einer dauernden Einigung kommt, unter den bisherigen Bedingungen einverstanden sind.

Zu übrigen wird die Überzeit abgeschafft und soll es namentlich bei der Doppelschicht nicht gefordert werden, daß ein Arbeiter zwei Schichten macht. Es wird vor- und nachmittags eine offizielle Vesperpause eingeführt.

Die Arbeitszeit wird vorläufig wie folgt festgesetzt: Für die einfache Schicht von morgens 7 bis 11 1/2 Uhr gleich 4 1/2 Stunden, nachmittags von 1 1/2 bis 6 1/2 Uhr gleich 4 1/2 Stunden, insgesamt 9 1/2 Stunden mit je 1/2 Stunde Vesperpause (vormittags von 8 bis 8 1/2 Uhr, nachmittags von 4 bis 4 1/2 Uhr).

Für die Doppelschicht: 1. Schicht von morgens 6 Uhr bis nachmittags 2 Uhr 25 Minuten, zusammen 8 Stunden 25 Minuten, mit 25 Minuten Pause (von 8 Uhr bis 8 Uhr 25 Minuten); 2. Schicht von nachmittags 2 Uhr 25 Minuten bis abends 10 Uhr 50 Minuten, zusammen 8 Stunden 25 Minuten, mit 25 Minuten Pause (von 6 Uhr 35 Minuten bis 7 Uhr. Am Samstag wird ebenfalls 9 1/2 Stunden in einfacher Schicht und zweimal 8 Stunden 25 Minuten Doppelschicht gearbeitet.

Die Arbeiter in der Doppelschicht wechseln wöchentlich. Die 9 1/2stündige einfache Schicht kommt am 2. April 1906 zur Einführung, die Doppelschicht nach Maßgabe des Geordnungsamtes.

Mit dieser Vereinbarung, die von der Arbeiterkammer in der Versammlung am 2. März, besetzt von über 2000 Mann, gegen eine Stimme abgelehnt wurde, haben die Kollegen ihre Bewegung heftig und mutig vorgeschoben. Im größten Werke Büttnerberg besteht nun die neun- bis zehn- stündige Arbeitszeit unter Fortzahlung des alten Verdienstes. Gewiss war im Laufe der Bewegung die Situation manchmal sehr ernst und nur der Geschlossenheit unserer Kollegen im Arbeiterausschuß und der Disziplin der Vertrauensmänner ist es in erster Linie zu danken, daß die Masse der Arbeiter den Anforderungen der Organisation willig folgte und Unbequemlichkeiten vermieden wurden. Wir wollen aber auch nicht aufhören, anzuerkennen, daß auch die Direktion ein aufrichtigeres Verhalten zeigte. Von Anfang an dabei jedenfalls aber die Tatsache, daß von den circa 2200 Arbeitern des Werkes annähernd 1900 freigewerkschaftlich organisiert sind, davon über 1400 im Deutschen Metallarbeiter-Verein. Die Direktion hat ihrer Anerkennung der Organisation dadurch Ausdruck gegeben, daß sie nach Beendigung der Bewegung der Ortskommission Zutritt zu den allgemeinen Versammlungen gestand und offiziell mitteilte, daß sie über die eingereichten Forderungen mit dem Arbeiterausschuß eine Vereinbarung getroffen hätte, die von der Arbeiterkammer in der Versammlung am 2. März angenommen wurde.

Die Bewegung bei Danimer wird und muß aber von den Kollegen der anderen Betriebe ebenfalls ein Ansporn sein, die Organisation auszubauen und zu stärken. Wir dürfen nicht auf Erfolge ausruhen, sondern müssen stets vorwärtsstreiten — eine Aufgabe, die aber nur gelöst werden kann, wenn jeder Kollege seine Pflicht und Schuldigkeit voll und ganz erfüllt, indem er unerschrocken für den Deutschen Metallarbeiter-Verein steht und agitiert.

Auch die Kollegen von Danimer müssen jetzt erst recht darauf bedacht sein, das Erreichte hochzuschätzen, sie müssen den noch zu erreichenden Ziel machen, daß es nur weiterer Organisation bedarf, daß dieser schonen Erfolg erreicht werde.

Karl Borhöfzer.

In Nr. 8 des Regulator wird unter dem Titel „Der Zentralstandpunkt des Metallarbeiter-Vereins“ häufig auf mich losgeleiert. Die Gutachten sind ich ungenügend, weil ich bei der Danimerbewegung ausgefallen bin. Und „weil's gleich ist“, wird dem „Gewerkschaften“ Borhöfzer die Schuld daran zugeschoben. Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Vor der Versammlung am 9. Februar im Keizer (der mit Hinger am Samstag zu der Versammlung gekommen war) zu mir und sagte mir, ob er in der Versammlung das Wort erhalte. Ich erklärte ihm, was mir aus ihm zu wollen, ob es ihm aber die Versammlung erteile, stehe auf einem anderen Blatt. Ich aber wurde der Versammlung Kenntnis geben von den Vorlesungen und handgezeichneten Angriffen auf die Danimerischen Arbeiter in Nr. 2 des Regulator und in der Nacht. Letztere lese er nicht (!!), sondern Keizer. — Und mir mein Rezept lesen aus der Versammlung zwei Bände ein. Nach dem einen sollte die Nachrede auf jeden Arbeiter eingeschoben werden, nach dem anderen sollten aus dem Namen nur in der Formel beschriftete Personen, ohne Beschriftung der Nachrede, das Wort zugreifen dürfen. Dieses Rezepten die Vorrede in die Hände Keizer, der „so was auch nicht erhalte, daß man die Nachrede beschränkt“. Derselbe Keizer hat aber am 17. Dezember vorigen Jahres im Keizer mit den Mitgliedern in Schwanberg für zehn Minuten Redezeit gemittelt, nachdem ich zum 10. Dezember sagte: „Denn kein Keizer, der „so was auch nicht erhalte“. „Weniger kommt der Herr in seinem Artikel auch etwas über Büffel und Hannover, wo ich die „Hannoversche“ hatte, freie Redezeit zu verlangen. Ja, warum schreibst du das nicht weiter — was es war? Keizer laugt aber ich hat jene Redezeit, ja — bekommen aber nicht! Ja Hannover verliere mir den Saal, da man aus ihrer unvollständigen Redezeit gab und in Büffel bekam ich noch heiligen Antiken meiner Kollegen — ganz drei Namen. Ja Unterstützung — liegt der Herr Herr weiter — hätte ich ihm das Wort verweigert. Tatsache ist jedoch, daß ich mich zur Selbstregulierung aus dem Saal meldete und den Antrag stellte, „alle Angriffe auf die Vertretung der Arbeiter abzuschneiden und jeden ungeschändlichen Angriff zu verbieten“. Demgegenüber soll ich mir nicht, daß ich der Versammlung mitteilte, daß Keizer demselben sei, der kürzlich in einer Gutachtenkommission erklärt: „Wann der Danimer Metallarbeiter-Verein bei Danimer was macht, so machen wir nicht zur Streikbrecher, sondern gehen aus ganz Sächsischland welche her, wenn wir nicht von unschwerem mühsamer dürfen.“ Aber die Mitglieder des Danimer-Vereins oder der Saal-Verein, wie wir in Nr. 9 des Regulator von einem Vertrauensmänner, der nach dem Zentralstand mit entsprechenden Gutachten und Selbstregulierung angeordnet ist, genannt werden, Keizer Keizer und einen Mörder nicht nennen. Darum der Keizer? O nein, aber weil man nicht können konnte! Der Herr Keizer schreibt ja, „es ist nicht die Gerechtigkeit, daß die Mitglieder über meine Person die Redezeit erhalten konnten“. Ganz seltsame Redeweise und Prophezei — wir können die Gerechtigkeit? Ja allerdings: mir ja ungenügend, Herr Keizer, und Leutz nicht für. Mein Antrag der Bewegung bei Danimer wurde dort 64 Mit-

glieder des Gewerkschafts vorhanden, heute sind es noch 50, und die wackeln auch schon bedenklich. Was Herr Keizer weiter zusammenläßt, läßt mich kalt, auch unsere Bremer Kollegen wird er weiterhin vergebens gegen mich auszuspielen versuchen, da ich dort weder Forderungen reduziert noch einen Ausbruch gebraucht habe, wie er mir in den Mund gelegt wird. So was zu behaupten bringt höchstens ein fehrliches Schandmal zuwege. Unseren Mitgliedern bei Danimer wie in ganzen Verband kann ich nur raten, sich mit einer solchen Gesellschaft nie und nirgend einzulassen, denn wer nach angreift beuhelt sich. Zu jeder Kollege seine Pflicht, arbeite er für unsere Organisation und vertrete strikte den Standpunkt: Die Arbeiter der Metallindustrie in den Deutschen Metallarbeiter-Verein! — Dann werden wir es bald nicht mehr nötig haben, uns mit solchen Elementen herumzuschlagen. S. B.

### Die Lohnbewegung und Aussperrung in der Fabrik Reichstein in Brandenburg

ist beendet. Vier Wochen haben die Streikenden und Ausgesperrten (circa 2200 Mann) eine bemühenswürdige Disziplin an den Tag gelegt. Die Ursachen des Streiks sind ja bekannt. Wenige Pfennige Lohnzulage forderten 628 Lohnarbeiter. Am 28. Januar gab Herr Karl Reichstein den Verbandsvertretern Bachwitz und Jernide das Versprechen, in Verbindung mit dem Arbeiterausschuß die einzelnen Löhne einer Revision zu unterziehen und den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Herr Reichstein erklärte weiter, daß die Firma jetzt, wo von den Arbeitern der Druck komme, ja gezwungen sei, die Löhne auszubessern, und er machte außerdem für einzelne Abteilungen bestimmte Vorschläge. Darauf erklärte Jernide, daß unter diesen Umständen die Verbandsvertreter in den eine halbe Stunde darauf folgenden Versammlungen der Reichsteinischen Arbeiter von der Arbeitsüberlegung am Montag den 29. Januar abzurufen würden. Das geschah. Der Arbeiterausschuß trat am Montag an die Firma heran, um die Regulierung der Löhne vorzunehmen. Doch die Firma zog die Verhandlungen, wenn überhaupt noch davon geredet werden kann, bis Mittwoch den 31. Januar hin, um dann zu erklären: Es war nicht so gemeint. Ein Teil der Lohnarbeiter sollte nur am 1. Februar die Arbeit nieder, am 5. Februar mittags folgten noch einige Abteilungen und am 5. Februar abends mußte der Betrieb vollständig geschlossen werden. Am 11. Februar wurde in vier großen Volksversammlungen über die Ursachen und den wahren Sachverhalt berichtet. Jetzt geschah etwas, was niemand erwartet hatte. Die Volksversammlungen schienen es Herrn Reichstein angetan zu haben. Am 12. Februar erschien in den beiden in Brandenburg erscheinenden Zeitungen folgendes Inserat:

**Zur Auffklärung!**  
In den gestrigen Volksversammlungen ist die Behauptung aufgestellt worden, daß ich den Herren Bachwitz und Jernide gelegentlich des mir am Sonntag den 28. vorigen Monats, in meiner Privatwohnung gemachten Besuchs Versprechungen gemacht habe, die ich nicht erfüllt und auch nicht zu halten beabsichtige. — Ich erkläre hiermit diese Behauptung als unwahr und nicht den Tatsachen entsprechend. Ich bedauere nur, daß meine langjährigen Mitarbeiter mit spärlicher weniger Glauben schenken und weniger Vertrauen entgegenbringen als diesen fremden Agitatoren. Selbstverständlich werde ich es unter diesen Umständen vermeiden, mit genannten Herren zu unterhandeln oder irgend welche Unterhaltung zu pflegen. Brandenburg a. N., den 12. Februar 1906.

**Karl Reichstein.**  
Die Absicht, die mit diesem Inserat verfolgt wurde, war klar. Das Vertrauen der Arbeiter zur Organisation sollte damit zerstört werden. Es gelang der Firma aber nicht, auch nur einen Arbeiter einzulangen. Unversehens erfolgte am 15. Februar folgende Entgegnung!

In den gestrigen Tageszetteln befindet sich eine Erklärung des Herrn K. Reichstein. In derselben behauptet Herr K. Reichstein, daß die Reden in den Versammlungen, welche am Sonntag stattfanden, von dem Vorwurf des Vertragsbruches gemacht hätten. Als Hauptbeteiligter an dieser Sache habe ich zu erklären, daß es Herr K. Reichstein am Sonntag den 28. Januar folgende Zugeständnisse gemacht hat:  
1. Die Arbeiter über 18 Jahre sollen als Mindestlohn 25 Pf. pro Stunde erhalten.  
2. Die Arbeiterinnen erhalten einen Aufwandslohn von 15 Pf. pro Stunde.  
3. Den Arbeiterinnen in der Vermeiderei wird der Lohn soweit aufgehoben, daß derselbe pro Stunde 20 Pf. beträgt.  
4. Sog. Leiharbeiter in dem Betrieb der beschuldigten Lohnarbeit sollen unter Zurückziehung des engeren Arbeiterausschußes mit der beschriebenen Arbeiter-Vereinbarung einverstanden sein, welche den Zweck haben, eine Regulierung der Löhne herbeizuführen.  
Diese Zugeständnisse waren in einer Form gegeben, daß sie von uns als bindend betrachtet werden konnten. Als Beweis hierfür mag auch noch folgendes dienen: Auf die Frage Jernides: „Herr Reichstein, diese Zugeständnisse können wir doch den Arbeitern bekanntgeben?“ wurde uns die Antwort: „Ja, sagen Sie es den Arbeitern!“ darauf entgegnet: „Nein, werden wir, denn die Arbeiter empfinden, die Arbeit nicht niedergelegten, sondern die weiteren Verhandlungen abzuwarten.“ (Siehe Bericht in der Brandenburgischen Zeitung vom 31. Januar 1906.)

Der Grund der uns gemachten Zugeständnisse hat ja auch der Arbeiterausschuß an drei aufeinanderfolgenden Tagen Verhandlungen nachgehört. Dem Ausschuß wurde zunächst bedeutet, daß zur Regelung der Lohnfrage Sachverständige nötig wären, die zwei Tage sein konnten. Im dritten Tage wurde der Ausschuß von Herrn Karl Reichstein empfangen, jetzt aber plötzlich abgewiesen mit der Versicherung, daß die Firma die Lohnregulierung sich in der Weise, wie vom Arbeiterausschuß gewünscht, nicht gebacht habe. Infolge der Zurückziehung der gemachten Zugeständnisse erfolgte am nächsten Tage die Arbeitsüberlegung der Arbeiter, von 11 Abteilungen. Der Streik wäre bereits drei Tage früher ausgebrochen, hätte Herr Reichstein die obigen Zugeständnisse nicht gemacht.

Wohin also habe ich die in Frage kommende Behauptung behauptet die Zugeständnisse vollständig aufrecht?  
Das Herr K. Reichstein auch zu den fremden Agitatoren zählt, trotzdem ich bereits über zwei Jahre in Brandenburg tätig bin, ist mir nicht recht; es ist das eine egoistische Redeweise, die Herr Karl Reichstein nicht erfinden hat, sondern nur nachbetet. Wenn Kollege Jernide, der bei der empfindenden Unternehmung gewesen war, ist jetzt in Stuttgart tätig, er ist daher nicht in der Lage, meine Behauptungen heute bekräftigen zu können. Er wird das aber sicher auch nachsehen.  
Brandenburg, den 13. Februar 1906.

**Gustav Bachwitz.**  
Die Eingetragene Sache spielte auch bei dieser Bewegung von der gewöhnlichen Bewegung, die sich bei den Streikenden und Ausgesperrten gegen den Danimer Metallarbeiter-Verein und dessen Bewegung von machte. Der die Bewegung schon wollte, konnte ich begreiflich davon überzeugt sein, wenn die Streikenden und Ausgesperrten die ungenügenden Spiel ihre Auszüge machten. Es herrschte eine Gemütsruhe und Unzufriedenheit, wie wir sie bei früheren Ausbrüchen nicht immer zu verzeichnen haben. Diese Stimmung verziehle auch ihre Wirkung auf die Firma nicht. Richter aus sonstige Angelegenheiten wurden die Streikenden empfinden in der Bewegung auf, und sie zur Aufhebung der Arbeit zu bewegen. Überall aber mußten die Firmen ohne Einverständnis abgeben. Als auch Agitatoren nicht in der Lage waren, Grundrücken heranzuschaffen, verfiel die Firma auf folgenden Plan:

**Bekanntmachung:**  
Angehenden der Ursachen, welche uns leider zu einem großen Teil unserer Arbeiter außer Tätigkeit setzen zu müssen, bebaten

find, fordern wir hierdurch alle Arbeitwilligen auf, ihren gewohnten Wirkungskreis in unserer Fabrik wieder aufzunehmen. Brandenburg, den 22. Februar 1906.  
Gebrüder Reichstein.  
Die Firma mußte auch dabei erfahren, daß die Arbeiter auf solche plumpe Art nicht mehr einzufangen sind. Ganze zehn Mann stellten sich am folgenden Tage der Firma als „Arbeitwillige“ zur Verfügung. Die schon in Gang gesetzten Maschinen wurden wieder außer Betrieb gesetzt. Die paar Arbeitwilligen konnten ihre Arbeitszeit nicht auslassen, zwei Stunden später mußten nicht nur diese, sondern mit denen noch circa zwanzig Mann ihre Dienste quittieren; am Mittag desselben Tages entwarf auch den Schornsteinen kein Rauch mehr und in das gewaltige Fabrikgebäude war wieder kirchhofbrühe eingezogen. Eingeleitete Verhandlungen mit der Firma zeigten jedoch auch unter diesen Umständen kein befriedigendes Resultat. Die Entscheidung mußte aber in wenigen Tagen erfolgen, das war die Stimmung aller Beteiligten und Unbeteiligten.

Am 1. März erging wieder durch Inserate an die Streikenden und Ausgesperrten die Aufforderung, unter eventueller Androhung der Entlassung, die Arbeit am 2. März wieder aufzunehmen. Doch daselbe Resultat. Jetzt waren es sogar nur drei Mann, die den Verlockungen der Firma nicht widerstehen konnten. — Daß auf diese Art und Weise die Arbeiter nicht zu bewegen waren, in den Betrieb zurückzuführen, selbst die nicht, die man hinausgeworfen hatte, davon zeigten sich nimmere auch die Firma überzeugt zu haben.

Am Freitag den 2. März fanden wiederum Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß statt. Da erklärte die Firma: Sie habe erkannt, daß die Organisation eine Macht darstellt, die sie ihnen nie zugezogen hätte. Aber auch sie (die Firma) sei eine Macht. Freiwillingig würde die Firma die Löhne ausbessern, aber zwingen lasse sie sich nicht. Sie werde die Löhne der Lohnarbeiter, die 27 Pf. pro Stunde betragen, auf 30 Pf. ausbessern. Sie werde ferner auch nicht mehr an dem Höchstlohn von 40 Pf. festhalten, es solle darin überhaupt keine Grenze festgesetzt werden. Den Arbeiterinnen in der Vermeiderei sollten Lohnzulagen gewährt und den übrigen Lohnarbeitern auch zugelegt werden. Nur zu einer festen prozentualen Zulage für alle Arbeiter lasse sich die Firma nicht zwingen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen würden wieder eingestellt werden. In einer darauf abgehaltenen Versammlung der Ausständigen berichtete die Streikkommission über das Resultat der Verhandlungen. Nach einer heftigen aber sachlichen Diskussion beschlossen die Streikenden, die Zugeständnisse zu akzeptieren, womit der Ausstand als beendet erklärt wurde.

Alles in allem muß gesagt werden, daß die Ausständigen es verdankten haben, sich durch ihr Verhalten die Achtung der gesamten Einwohnerschaft Brandenburg und selbst der Firma zu erwerben. Jede Woche fanden Ausflüge mit Musik statt. In musterhafter Ordnung marschierten unsere Kollegen durch die Stadt in die Streikquartiere wieder ein. Auch das Verhalten der hiesigen Polizeibehörde dürfte an anderen Orten zur Nachahmung empfohlen werden. Nicht einer unserer Streikposten ist an der Ausübung seiner Pflicht behindert worden. Keine einzige Übertretung ist zu verzeichnen.

Kollegen! Dieser Kampf ist zu Ende, damit ist aber in Brandenburg dauernder Frieden nicht eingeleitet. Jetzt gilt es, auf der Hut zu sein und dafür zu sorgen, daß auch noch die wenigen abseits von uns stehenden Metallarbeiter in Brandenburg dem Deutschen Metallarbeiter-Verein zugewandt werden. Wenn wir das erreichen — und das müssen wir erreichen — dann hat dieser Kampf doppelte Früchte getragen.

### Aus den Agitationsbezirken.

**K. Bezirk.**  
Meine Adresse ist jetzt:  
Stuttgart, Kleinsburgstraße Nr. 142, 3 Tr.  
Karl Borhöfzer, Bezirksleiter.

### Deutscher Metallarbeiter-Verein.

#### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. März der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. März bis 21. März 1906 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:  
Der Verwaltungsstelle Kostet 50 Pf. pro Woche über die Dauer der Aussperrung.  
Der Verwaltungsstelle Tangermünde 5 Pf. pro Woche ab 1. April.  
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung kantonarischer Rechte zur Folge.

#### Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 3 a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:  
Der Schlosser Karl Siebert, geb. am 15. Januar 1878 zu Berlin, Buch-Nr. 549055, wegen unkollegialen Verhalten und Demagogie.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg:  
Der Metallarbeiter C. W. Wilberg, geb. am 17. März 1880 zu Götz, Buch-Nr. 667765, wegen Schädigung des Verbandes.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau:  
Der Schlosser Julius Sannelsch, geb. am 11. Juli 1865 zu Koyreud, Kreis Bromberg, Buch-Nr. 825165, wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:  
Der Schlosser Christ. Meier, geb. am 15. Januar 1878 zu Maimsheim, Buch-Nr. 612834, wegen Unterjochung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Essen a. d. R.:  
Der Dreher Jean Dienst, geb. am 23. April 1874 zu Essen, Buch-Nr. 673595, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern; der Schlosser Karl Knipp, geb. am 9. Juni 1862 zu Langensiepe, Buch-Nr. 819147, wegen unkollegialen Verhalten; der Schlosser Karl Dedner, geb. am 10. Juni 1866 zu Marburg, Buch-Nr. ?, wegen Logischwindeln.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fürstentum:  
Der former Paul Ortelbach, geb. am 11. Januar 1884 zu Fürstentum, Buch-Nr. 592759;  
Der former Killy Lutz, geb. am 19. Oktober 1885 zu Berlin, Buch-Nr. 651549, beide wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:  
Der Schlosser Rudolf Beiler, geb. am 10. Januar 1864 zu Karlsruhe, Buch-Nr. 453968, wegen Betrug und Unterjochung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kilmars:  
Der Gekleimanten Georg August Zier, geb. am 1. September 1878 zu Straßburg, Buch-Nr. 884471, wegen Logischwindeln.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mannheim:  
Der Dreher Otto Stegmann, geb. am 7. Nov. 1848 zu Erfurt, Buch-Nr. 130722, wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pforzheim:  
Der Uhrmacher Alfred Weiß, geb. am 16. Oktober 1872 zu Wien, Buch-Nr. 292534, wegen Unterjochung von Verbandsgeldern.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ulm:**  
 Der Eisenrehler Ernst Kröner, geb. am 10. Mai 1879 zu Ulm, Buch-Nr. 551505, wegen Preisbrüdererei und unfollegialem Verhalten;  
 der Schlosser Ferdinand Männer, geb. am 1. September 1883 zu Freiburg i. B., Buch-Nr. 883293;  
 der Schlosser Joh. Noll, geb. am 15. August 1876 zu Ulm, Buch-Nr. 920233;  
 der Schlosser Herm. Wintermantel, geb. am 3. Juni 1882 zu Bredlingen, Buch-Nr. 920213;  
 der Schmied Ferdinand Probst, geb. am 16. Juni 1892 zu Ahlaggen, Buch-Nr. 920210, sämtliche wegen unfollegialem Verhalten.

**Nicht wieder aufgenommen werden darf:**  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:  
 Der Kernmacher Karl Schulz, geb. am 27. Oktober 1872 zu Fürstentum, Buch-Nr. 466126, wegen unfollegialem Verhalten und Denunziation.

**Öffentlich gerügt wird:**  
 Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Braunschweig:  
 Der Dreher Fritz Schaare wegen unfollegialem Verhalten.

**Wieder aufgenommen werden:**  
 Auf Antrag der Einzelmitglieder in Leipzig:  
 Der Schlosser Fritz Wolff, geb. am 1. Juni 1868 zu Braunschweig.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oskrobo a. S.:**  
 Die Former Karl Schülbe und Karl Voigt.

**Anforderung zur Rechtfertigung.**  
 Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

**Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ulm:**  
 Der Schlosser Jakob Kolb, geb. am 20. August 1887 zu Goldgronach, Buch-Nr. 920223, wegen Schädigung des Verbandes.

**Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an**  
**Theodor Werner, Stuttgart, Röde-Strasse 16b**  
 zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Zur Beachtung.

- Zuzug ist fernzuhalten:**
- von Drehern, Dreckern, Gießern, Gürtlern, Polierern, Monteurern, Schleifern u. Feilenren nach Erfurt-Silversehofen (Zöbelmann & Grimm) W.; nach Turg-Bogelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.; nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Stranich) W.;
  - von Drehern und Spenglern nach Ulm (Neue Industriewerke) W.;
  - von Fläschern (Spenglern) und Zusatllateuren nach Konstanz i. B.; nach Karlsbad und Fischern in Böhmen;
  - von Formern, Eisengiessereiarbeitern und Kernmachern nach Götting (Firma Kunnick, Maschinenfabrik) W.; nach Kärnten (Firma Wagner) St.; nach Oschnbrück (H. W. Ortman) nach Kronsberg bei Kempten (Firma W. Thörlig) St.; nach Solingen; nach Steinfeld;
  - von Bauklemmern nach Berlin (Firma Pfeifschmann und Firma Seeger) D.;
  - von Klemmern, Blechballgearbeitern und Arbeiterinnen nach Breslau (Gasmeserfabrik Pitsch) D.; nach Dhringen bei Heilbronn (Hohenloische Blechballgearfabrik Schütt) W.; nach Ulm (Neue Industriewerke) W.;
  - von Metallarbeitern aller Branchen nach Auffig i. Böhmen (Firma Schäfer & Badenberger) D.; nach Baden, Schweiz (Brown, Bomeri & Co.); nach Basel, Schweiz St.; nach Bischheim b. Straßburg (Firma Stoll & Co.) W.; nach Brandenburg a. S. (Firma Reichstein) W.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Darmstadt (Gerl & Haslinger) W.; nach Eberswalde (Kraftmaschinenwerke) St.; nach Eilen a. d. A. (Union) W.; nach Frauenfeld, Schweiz (Automobilfabrik Martini & Co.); nach Genf (Firma Pfah) W.; nach Halle a. S. (Automatren- und Maschinenwerke) W.; nach Dicker & Bernerhof, Breitlof, Andreas Hoffmaier, H. Bernicke); nach Kassel (Evers & Pistor, chirurgische Instrumentenfabrik) W.; nach Leer und Norden i. Dür. W.; nach Magdeburg (Gebrüder Gommichau) St.; Metallwerke vormalis J. Wers, Abteilung Rohzug; nach Meissen i. Sa. (Firma Pfeil & Voße) St.; nach Nien, Schweiz (Automobilfabr. Wagh) St.; nach Rishwill bei Neu-Kupp (Maschinenfabrik Gwald) St.; nach Kellinghausen bei Essen (Firma A. W. Dimmendahl, Aktiengesellschaft) W.; nach Krotz (Reptenwerk) W.; nach Solingen; nach St. Blaise, Schweiz, (Automobilfabrik A. G. vormalis Martini & Co.); nach Straßburg i. Elß. (Firma Stoll & Co. in Bischheim) W.;
  - von Schlügereiarbeitern nach Solingen St.;
  - von Schlossern nach Ulm (Neue Industriewerke) W.; nach Zürich (Firmen Raffes-Bauer, Raffes-Schwager, Schappi-Schwager und Hüter & Cie., Ofenfabrik);
  - von Schmieden, Kesselschmieden und Maschinenbauern nach Hamburg-Ottensen (Lauge & Gehrens, Friedensallee 11) D.
- (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Mißstände; K.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

**Wor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich zuvor bei der Ortsverwaltung, Gewerkschaftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungskstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.**

**Aus den einzelnen Branchen.**

**De danske Blikkenslagere i Udlandet.**  
 Kolleger bekendtgøres hermed at Resolutionen foreligger med ca. 70 Underskrifter. Hvis der endan findes Kolleger som ikke have modtaget Resolationen, bedes disse senest i løbet af 8 Dage indsende Navn og Adresse.  
 Kolleger kunne henvende sig til Clubben og der indhænde Oplysninger om de fælgende Forhold i Schweiz.  
 Med koll. Hilsen  
 Dansk Blikkenslager Club, Zürich.  
 F. H. Raith, Formand, Weitegasse 11, Zürich I.

# Korrespondenzen.

## Former.

**Wülheim a. Rh.** Nennenswerte Erfolge erzielten die Former und Gießereiarbeiter der Gasmotorenfabrik und die der Eisengiesserei und Maschinenfabrik von Theodor Wönger. Schlechter Verdienst in letztgenannter, brutale Behandlung durch die Meister und haarsträubende Mißstände in beiden Betrieben waren die Ursachen des Erwachens der Arbeiter. Der Organisation war es nicht möglich, festen Fuß zu fassen, bis im vorigen Jahre das Bild sich wesentlich änderte. Bei der Firma Wönger wurde der Hebel zuerst angelegt und es gelang uns, die Löhne von 4 bis 4,25 Mk. auf 4,75 bis 5,25 Mk. aufzubessern. Ferner wurden 25 Prozent Lohnaufschlag für Überstunden zugestanden. Diese Verbesserungen wurden, als die Gießereiarbeiter sie errungen hatten, auch den Schlossern desselben Betriebs zugestanden. Jetzt erst wird es der Firma auch möglich sein, einen Stamm tüchtiger Former und Gießereiarbeiter zu bekommen und zu behalten, was bis dato nicht möglich war. In der Gasmotorenfabrik, wo die Former trotz der bis auf das äußerste reduzierten Akkord zugleich Hilfsarbeiter spielen mußten, ging man dazu über, eine weitere Kolonne Arbeiter anzustellen mit einem Lohne von 4 Mk. (früher 3,30 bis 3,50 Mk.), die den Guß hinaus- und die Formtassen hereintransportieren. Des Weiteren wurden Aufsätze angebracht. Das Warten auf Modellstand wird ebenfalls beseitigt durch Errichtung einer zweiten Sandmühle. Ferner sind die Meister angewiesen, die Arbeiter menschenwürdig zu behandeln und mit ihnen den Akkord vorher zu vereinbaren. Überstunden werden mit 10 Pf. Aufschlag vergütet, ein Zugeständnis der Firma, das schon verschiedene Wochen vorher in sämtlichen anderen Betrieben eingeführt, in der Gießerei aber durch das eigenmächtige Vorgehen der Meister vereitelt worden war. Ferner wurden die zwei Former, die durch den Meister Fleutmann am dem Tage, wo die Versammlung stattfand, entlassen wurden wegen „Arbeitsmangel“, obgleich zwei neue Former desselben Morgens eingestellt wurden, auf Anordnung der Betriebsleitung wieder eingestellt. Durch genannte Maßregelung gedachte man die Versammlung, in der zu dem brutalen Vorgehen der Meister Stellung genommen werden sollte, illusorisch zu machen. Aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht und so gestaltete sich die Versammlung zu einer richtigen Demonstration, denn von 44 Formern und Gießereiarbeitern fehlten höchstens ein Duzend. Nicht Gießern und Formern aber, auch ein Vertriebsführer waren auf Geheiß der Betriebsleitung zugegen, jedenfalls weil man vermutete, das Feuer könnte weiter um sich greifen, was nicht ausgeschlossen war. Unverblümt wurde ihnen aber durch Kollegen Marx das standalöse Verhalten seitens der Antreiber vor Augen geführt, so daß der Vertriebsführer sich veranlaßt sah, zu versprechen, daß den Mißständen abgeholfen werden sollte. Hoffentlich werden die Former und Gießereiarbeiter das Troborte zu halten und das Versprechen der Betriebsleitung zur Durchführung zu bringen wissen. — Über schreiende Mißstände klagten die Former und Gießereiarbeiter von Felten & Gullkaume, Zahmeyerwerk. Kommt ein Arbeiter des Morgens ein paar Minuten zu spät, so wird er nicht nur wie in anderen Abteilungen mit einer Strafe von 50 Pf. bis 1 Mk. belegt, sondern er wird auf Anordnung des Vertriebsführers Herberg bis mittags nach Hause geschickt. Welcher Schaden dadurch dem Arbeiter entkehrt, begreift derjenige am besten, der mit den jetzigen Löhnen, die dort bezahlt werden, existieren soll. Werden von tüchtigen älteren Formern noch Löhne von 12 bis 18 Mk. in 14 Tagen, dagegen von einzelnen wiederum von 65 bis 75 Mk. in der gleichen Zeit erzielt. Eine Ungerechtigkeit im Verhalten der Arbeiter, wie sie nirgends in der ganzen Umgebung zu finden ist. Ferner fällt es den Beamten im Examine nicht ein, selbst wenn die dazugehörige Male gefragt werden, den Arbeitern zu sagen, welcher Preis für das Modell bezahlt wird. Erst am Lohnntag erfahren die Arbeiter, welchen Hungerlohn sie verdient haben. Die Behandlung durch den Vertriebsführer läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig, bei der geringsten Kleinigkeit heißt es: „Ich schmeiße Sie hinaus“ u. i. w. Je nachdem wie der Herr geschlafen hat, riskieren die Arbeiter selbst bei der höchsten Frage, angeschminkt zu werden, und es gehört eine wahre Sündenbucht dazu, all diese Karampelungen und das Anschminken zu ertragen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, um Hemedurch die Direktion zu schaffen. — In der Eisengiesserei von Eulenberg & Mönning liegen die Verhältnisse nicht anders, ja, zum Teil noch viel schlimmer. Als Meister fungierte dort bis vor kurzem ein früherer Sergeant, Leidinger ist sein Name, der nebenbei erwähnt auch schon Wagnbeamer gewesen ist. Und einem solchen Manne, der von Gießereiverhältnissen keine blasse Ahnung hat, waren die Arbeiter unterstellt. Unangenehmstes Vertrauen wurde ihm von der Firma entgegengebracht, so war ihm auch das Ansehen der Gießereiarbeiter übertragen, was er denn auch in der ausgesetztesten Weise besorgte. Wegen der fortwährenden Abzüge war schon längst unter den Formern die Vermutung vorhanden, daß die Firma unmöglich damit einverstanden sein könne, dagegen bei dem Sergeanten nicht alles klappte. Vor kurzem gingen nun zwei Former zur Direktion und unterbreiteten dieser ihre Vermutungen, die dahin gingen, daß die Firma direkt und die Arbeiter indirekt durch den Meister betrogen würden. Darauf wurden sämtliche von den Arbeitern eingekammerten Lohnböden mit dem Hauptbuch verglichen. W den zwei ersten Täten ergab sich schon ein Fehlbetrag von annähernd 15 Mk., die der „Meister“ in seine Tasche hatte gleiten lassen. Hierauf wurde der Meister gerufen und zur Rede gestellt. Die Überumpelung war von derartiger Wirkung, daß der saubere Patron sein Wort herozubringen vermochte. Er wurde sofort seines Amtes enthoben. Die Untersuchung wird ergeben, wie lange die Arbeiter um die ihnen zustehenden Groischen betrogen worden sind. Die Firma ist stets in dem guten Glauben gewesen, sie zähle anständige Löhne, und hatte keine Ahnung, daß, wenn sie 20 Mk. für ein Modell als Arbeitslohn dem Former zuerkannt hatte, der Meister aber nur 15 Mk. auszahlte, und 5 Mk., wo an jedem Pfennig ein Schweinetropfen hing, in seine Tasche verschwinden ließ. Dieser Wuchre ist auch einer von denen, die fortwährend über die Sozialdemokraten herfallen, diese als Spitzböden und Geschleicher u. i. w. huzuzellen versuchen. Aber auch Vorträge über Gießereiverhältnisse hielt der Ausschreiber. Derartige Vorträge und Vortragende haben unsere Gießereibeantenn allenthalben sicher nicht nötig. Das solche Fälle nicht nur hier, sondern vielleicht anderwärts auch vorkommen, ist sehr leicht möglich und die Arbeiter, ob Former oder sonstige Metallarbeiter, werden gut tun, sich diesen Fall zum Mußer zu nehmen und in allen zweifelhaften Fällen an die Direktion der Betriebe heranzutreten.

**Offenbach.** Der Streik der Former bei Fiedenhagen ist zugunsten der Arbeiter beendet. Die Former werden sämtlich (einschließlich des Formers Wich, um den es sich drehte; wieder eingestellt. Dadurch, daß es der Firma nicht möglich war, genügend Guß von auswärtig zu erhalten, obgleich sie schriftlich erklärte, die Gießerei werde geschlossen, mußte sie wohl oder übel ihren Standpunkt aufgeben, mit der Organisation nicht zu verhandeln. Um der Firma behilflich zu sein, damit sie von auswärts Guß erhalten, erklärte der Metallindustriellen-Verband den Streik als beendet, von der Organisation wurde aber dieser Entschluß zurückgemacht. Der Firma wurde mitgeteilt, daß der Streik erst als beendet betrachtet werden könne, wenn beide Teile ihn aufheben, oder protokolllärlich festgelegt wird, daß die Gießerei innerhalb drei Jahren auch von niemand anders aufgemacht wird. So lange dieses nicht geschieht, werde die Organisation dafür sorgen, daß nirgendwo Guß für Fiedenhagen angefertigt wird. Nachdem die Firma ja, daß sich der Streikenden nicht einschüchtern lassen, hat sie sich zu einer Konferenz bereit erklärt, in der, wie bereits erwähnt, der Streik beendet wurde. Als leberswert muß das einmütige solidarisches Handeln der Former während des neunwöchigen Kampfes bezeichnet werden.

**Donaubrück.** Der Streik der Former bei der Firma G. W. Ortman dauert nunmehr 18 Wochen. Die Streikenden setzen noch so fest wie am Anfang des Streiks, nicht ein einziger von ihnen

ist abgefallen. Von den zirka 40 Formern, die die Arbeit niederlegten, sind bereits 22 abgereift oder anderweitig untergebracht. Die Bemühungen der Firma zur Umwerbung von Arbeitswilligen sind außerordentlich groß und sie wird darin von ihren Arbeitswilligen nach Kräften unterstützt. Fast ständig sind mehrere von diesen als Agenten unterwegs, um gleichgesinnte Elemente anzuzuerben. Bislang ist es der Firma gelungen, insgesamt elf Mann aufzutreiben, die in der Fabrik einquartiert sind. Jeder der Arbeitswilligen ist mit einem Revolver bewaffnet, mit denen sie zu wiederholten Malen Schießübungen veranstalteten, wobei bereits zwei unbeteiligte Personen verletzt worden sind. Die Firma Ortman hat sich schon große Mühe gegeben, für ihre Arbeitswilligen Privatquartiere zu finden; obwohl sie für das Kostgeld gutschaffen wollte und auch einen höheren als den hier üblichen Satz bot, ist niemand gewillt, jene Elemente in sein Haus zu nehmen. Die von den Arbeitswilligen gelieferte Arbeit entspricht auch nicht den minimalsten Anforderungen; unter regelmäßigen Umständen würden diese Helden auch nicht einen Tag in der Fabrik geblieben sein. Ihre alten eingearbeiteten Former speist die Firma mit Stundenlöhnen von 30 bis 40 Pf. ab und nur mit Aeh und Kraft konnte nach langen Fandeln und Feilschen einmal ein Former einen Pfennig mehr die Stunde herausfragen. Die Herren Arbeitswilligen erhalten Stundenlöhne von 50 bis 70 Pf. bei völlig ungenügender Arbeitsleistung. Die Situation ist für die Streikenden noch immer sehr günstig und diese sind auch nicht gewillt, in die Fabrik hineinzugehen, ohne Herrn Hansen die Anerkennung der Organisation aberungen zu haben. Eine dieser Tage vorgenommene geheime Abmündung unter den Streikenden hatte den Erfolg, daß mit allen gegen eine Stimme die Fortführung des Kampfes beschlossen wurde. Wir richten an die Kollegen allerorts, besonders Rheinlands und Westfalens, daß dringende Ersuchen, auf die Agenten der Firma achtzugeben und streng den Zuzug von hier fernzuhalten.

**Penig i. S.** In der Eisengiesserei von Heinrich Erbes soll die Arbeitszeit 10 Stunden dauern, aber es werden häufig Überstunden gemacht. Wenn gegossen wird, dann werden es 12, 13 und 14 Stunden. Auch kommt es vor, daß Sonntags gearbeitet werden muß. Ein Zuschlag wird für Überstunden nicht bezahlt. Die Former arbeiten in Akkord und verdienen im höchsten Falle 18 bis 20 Mk. Die Woche, im Durchschnitt erreichen sie die Summe von 15 Mk. Da nicht verschuldeter Zuschuß nicht bezahlt wird, so kommt es auch vor, daß ein Former mit 8 Mk. die Woche nach Hause gehen muß. In hygienischer Beziehung läßt das Werk viel zu wünschen übrig. Wäschleinrichtungen sind nicht vorhanden, die Ventilation ist sehr mangelhaft, was besonders beim Gießen als sehr nachteilig empfunden wird. Beschäftigt sind in der Gießerei 4 Former, 1 Gußpuger, 1 bis 2 Hilfsarbeiter und 1 Bohrarbeiter, der sich zu allen Arbeiten hergeben muß. Daß keine besseren Verhältnisse vorhanden sind, ist die Schuld der Kollegen, da sie sich um die Organisation nicht kümmern. Hoffentlich kommen sie zur Einsicht und schließen sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an.

## Klemmner.

**Silbesheim.** In jüngster Zeit sucht die Firma G. H. H. Horn, Maschinen- und Motorengerätefabrik, in den Zeitungen, namentlich Rheinlands und Westfalens, tüchtige Klemmner bei hohem Lohne und dauernder Beschäftigung. Wir möchten nun die Kollegen darauf aufmerksam machen, daß bei der Firma nicht ein Pfennig frei ist, auch in absehbarer Zeit eine Vergrößerung des Betriebes vollständig ausgeschlossen erscheint. Die Firma verfolgt ausschließlich das Prinzip, möglichst viel Arbeitskräfte nach hier zu ziehen, um einen Druck auf ihre Klemmner ausüben zu können, da diese nicht jede Maßnahme der Firma ruhig hinzunehmen, sondern auch ihre Rechte als Menschen verlangen. Eine Kommission der Klemmner war um Abstellung der trafen Mißstände (Reinigung des Aborts, bessere Ventilation, Anschaffung von Kleiderchränken etc.) bei der Betriebsleitung eingekommen und es war auch Mißliche versprochen worden. Leider verging Woche auf Woche, ohne daß die Mißstände beseitigt wurden. Die Arbeiter nahmen dazu Stellung, vom Vorgesetzten der Arbeiterkommission wurden der Betriebsleitung ernie, aber geringe Vorkommnisse gemacht und es sollte nochmals die Beseitigung der Mißstände verlangt werden. Drei Tage später erfolgte — nicht etwa die Abstellung der Mißstände, sondern die Kündigung des Kollegen, der es gewagt, der Firma die Wahrheit zu sagen und zwar wegen — Arbeitsmangel. Infolge der Einmütigkeit der Kollegen wurde zwar die Kündigung von der Betriebsleitung rückgängig gemacht, aber man sieht: auf der einen Seite Maßregelung mißliebiger Arbeiter, auf der anderen Seite Herausziehen von Arbeitskräften unter verlockenden Bedingungen, um die für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse einsetzenden Arbeiter unterdrücken zu können. Kollegen, ehe ihr nun Arbeitsangebote nach hier annehmt, setzt euch erst mit der hiesigen Ortsverwaltung in Verbindung, denn die Arbeitsverhältnisse sind hier nicht so rosig, wie sie geschildert werden.

**Windau i. B.** Zuzug von Spenglern ist in der Metallwaren-fabrik Ajlach bei Windau fernzuhalten. Gründe Maßregelung.

## Metallarbeiter.

**Münchenburg.** Die Lohnbewegung in der Holzhäuerischen Maschinenfabrik. Die Arbeiter der Firma Holzhäuer, die in ihrer Mehrzahl Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, haben schon Ende des vorigen Jahres die wöchentliche Lohnzahlung, Einschränkung der Überarbeit und prozentuale Entschädigung für jede Überstunde, besser hygienische Verhältnisse, günstige Regelung des Akkordwesens u. i. w. bei genannter Firma beantragt. Die Direktion erklärte damals, daß vor Jahreschluss für sie eine nicht günstige Zeit sei und eruchte die Arbeiter, sie wüßten noch einige Wochen zu warten, die Sache werde dann geregelt. Dem Wunsch wurde entprochen und Ende Januar wurde neuerdings an die Firma herangetreten. Bewilligen wollte die Firma die sehr mäßigen Forderungen, die gerade in diesem Betrieb eine Notwendigkeit waren, aber nicht, sie vertrittete die Arbeiter, bis sie endlich gebaut habe u. i. w. Darauf verzette der Herr Direktor. Eine fast vollzählig besuchte Betriebsversammlung faste einstimmig Beschluß, ab 13. Februar so lange keine Überstunden mehr zu leisten, bis die wöchentliche Lohnzahlung, 25 Prozent für Überstunden bis 8 Uhr abends und 50 Prozent nach 8 Uhr und für eventuelle Sonntagsarbeit, sowie bessere hygienische Einrichtungen. Regelung des Akkordwesens u. i. w. zugekauften sind. In einigen Tagen war die Direktion wieder zu sprechen und es wurde neuerdings unterhandelt. Diesmal wurden nun die Forderungen genehmigt und sofort in Kraft gesetzt. Der Herr Direktor drückte zwar seinen Unwillen über die „unberechtigten“ Forderungen aus, die Geschlossenheit der Arbeiter zwang ihn aber trotzdem zur Erfüllung derselben. Die ganze Aufregung hätte man sich in diesem Betrieb sehr leicht ersparen können, wenn man bei der zweiten Unterhandlung genehmigt hätte.

**Göppingen.** Fortgesetzte Arbeitergesuche seitens der Gießereimaschinenfabrik G. W. Moser veranlassen uns, dieses Geschäft einmal einer Kritik zu unterziehen. Die Löhne Neugesehelter schwanken zwischen 20 bis 25 Pf. die Stunde — bei gelernten Schlossern — und dafür verlangt der Fabrik nur tüchtige solide Leute bei dauernder Arbeit. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht der eine aufhört und ein anderer anfängt. Werkzeuge, hygienische Einrichtungen und nicht in letzter Linie die Behandlung durch den Prinzipal lassen sehr viel zu wünschen übrig. Der Fließzug ist viel zu schwach, er funktioniert äußerst mangelhaft, auch ist er meist zu stark belastet, und nur mit knapper Not ist es bis jetzt gelungen, ernste Unfälle zu vermeiden. Trotzdem leichtere Unfälle im Betrieb nicht zu den Seltenheiten gehören, fehlt es im Geschäft an einem Kasten mit Verbandszeug. In der Werkstatt herrscht im Winter manchmal eine Kälte von 5 bis 6 Grad, im Hochsommer aber hat man neben zwei bis drei offenen Fenstern noch den Abdampf, der durch die Werkstatt geführt wird. Von einer wirklichen Ventilation ist überhaupt keine Rede. Auch die Reinigung der Fabrik ist eine mangelhafte. — Leider läßt auch das Arbeitermaterial zu wünschen übrig. Besonders zwei Herren, darunter ein „Vorarbeiter“ mit noch nicht einmal 40 Pf. pro Stunde, gefassen sich darin, im Antreiben u. i. w. die höheren Vorgesetzten noch zu übertreffen. Die aufgezählten Mißstände, die mit noch de-

Lieber vermehren können, werden genügen, um die Kollegen, die etwas gewonnen sind, sich diesen Betrieb einmal von innen anzusehen, zu äußerster Vorsicht zu ermahnen.

Hamburg. Die Mitglieder des Heizungsrechts hielten am 4. März eine Versammlung ab. Die Abrechnung vom Winter vergangen ergab einen Überschuss von 51,10 Mk., die dem Agitationsfonds überwiesen wurden. Der zweite Punkt war: Bericht über die Verhandlungen mit der Ortsgruppe Hamburg des Verbandes Deutscher Zentralheizungsindustrieller.

Sternberg (Schwarzwalde). Hier besteht eine Maschinenfabrik, die sich großartig im Namen „Süddeutsche Werkzeugmaschinenfabrik“ zugelegt hat. Die Fabrik ist eine sogenannte Bruchfabrik ersten Ranges und deshalb freizig auf der Suche nach „tüchtigen Arbeitern“.

Magdeburg. Bei der Firma Gebrüder Gommichau (Maschinenfabrik für Transportanlagen u.c.) haben am 8. März von insgesamt 67 Mann 58 Schlosser, Blechschmiede, Dreher, Schmiede, Bohrler und Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Rheinheim. Die Bewegung in der Zellulosefabrik Waldhof nahm einen heftigen Verlauf. Als die Firma einseh, daß Ernst gemacht wird, ließ sie die Fabrikverwaltung zur Seite rufen.

Reinhardt i. Elbn. Die Großhärenindustrie am Schwarzwalde ist von jeher als ein unerschütterliches Gewerbe bekannt, das trotz aller Krisen, die sie sich häufig ausgesetzt sieht, immer wieder zu neuem Aufschwung gekommen ist.

Löhner hin und her getrieben werden müssen, was für den Arbeiter einen nicht geringen Zeitverlust bedeutet und dem Geschäft kein Renommee eintragen kann. 2. Man stellt nicht mehr Leute ein, als man beschäftigen kann, um nicht ausziehen zu müssen aus fortwährendem Mangel an Zubehör.

Offenbach. Wir waren letzthin in der Lage, einen schönen Erfolg, erreicht durch Einigkeit, zu melden. Die Arbeiter der Firma Mayer & Schmidt hatten neben Abstellung janitärer Mißstände eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 bis 3 Pf. erzielt.

Chiringen bei Heilbronn. Herr Franz Schmitt jun. sendet uns den Bericht in Nr. 9 folgenden Schreibens: „Es ist nicht wahr, daß ohne Grund fortwährend Leute gefeuert werden für dauernde Arbeit.“

Chiringen bei Heilbronn. Herr Franz Schmitt jun. sendet uns den Bericht in Nr. 9 folgenden Schreibens: „Es ist nicht wahr, daß ohne Grund fortwährend Leute gefeuert werden für dauernde Arbeit.“

Passau. Wie an so manchen Orten, haben auch die hiesigen Kollegen Ursache, endlich einmal daran zu gehen, sich aufzuraffen, ihre wirtschaftliche Lage zu bessern. Denn, daß diese eine günstige zu nennen wäre, kann man leider nicht sagen.

Quedlinburg, Thale und Umgegend. Nachdem die Kollegen der hiesigen Verwaltungsstelle beschlossen haben, einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben und einen besoldeten Geschäftsführer anzustellen, hat der Kollege Bemer am 1. März seinen Posten angetreten.

Heinrichsd. Fast jaacobische Zustände herrschen bei der Firma Windgassen & Hindrichs, Stanz- und Emailierwerk. Es wird die höchste Zeit, daß die Mißstände in diesem Betrieb vor aller Öffentlichkeit einer Kritik unterzogen werden.

arbeiten ja an Sonnabenden nur bis 5 1/2 Uhr, also eine halbe Stunde weniger als an den anderen Tagen. ...

Um a. D. In den Neuen Industriewerken sind Differenzen ausgebrochen. Zugung von Spenglern, Drehern und Schlossern ist fernzuhalten. Bericht folgt.

### Rundschau.

#### Reichstag.

(4. bis 10. März.) Trotz allen Beschleunigungsversuchen rücken die Arbeiten des Reichstags am Ende für 1906 nur langsam vorwärts. ...

In der Berichtswauche behandelte der Reichstag zunächst am Montag eine freisinnige Interpellation über Unzulänglichkeiten, die sich in der Verfolgung des zeitweise ganz verstopften Warenverkehrs mit Russland ergeben haben. ...

Am Schwerinstag (Mittwoch) erörterte man im Reichstag die Verhältnisse der „Proletarier mit weißer Wäsche“ — Privatbeamte, junge Kaufleute und dergleichen mehr. ...

Alle anderen Tage wandte das Parlament der Behandlung des Postetats zu, bei dem mannigfache Klagen die alte Laftache neu hervortreten ließ, daß auch auf dem Gebiete postalischer Einrichtungen bei uns manches faul ist: bürokratische Verzögerung und pseudopatriotische Bremsfertigkeit und Vernagelung haben einer kräftigen Weiterentwicklung dieses Zweiges des öffentlichen Dienstes unübersehbare Hindernisse in den Weg gerollt.

#### Gewerkschaftliches.

Die neunte Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter tagte vom 26. Februar bis zum 2. März in Stettin. ...

im Jahre 45 Pf. bezahlt werden sollen (bisher 39 Wochen). Invaliden und Mitglieder, die das 60. Lebensjahr überschritten und zehn Jahre dem Verband angehört haben, sollen künftig pro Woche 15 Pf. (statt 30 Pf.) zahlen. ...

Die Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlengeld sind in eine Lohnbewegung getreten. Sie haben am 7. März dem Bergbaulichen Verein folgende Forderungen unterbreitet: ...

Die Zahl der Gewerkschaftskartelle ist seit August vorigen Jahres von 490 auf 506 gestiegen. Neu gegründet wurden 29 Kartelle in Albin bei Bremen, Aue, Badnang, Bocholt, Borna, Camen, Goldsch, Dieburg, Henningsdorf a. D., Hohenfalka, Klein-Ausheim, Kleubrandenburg, Oldesloe, Oeynhausen, Paderborn, Penzig, Raftatt, Reddinghausen, Traunstein, Waldshut, Weiden, Weiskirchen, Züllschau. ...

Table with 4 columns: Lohnklasse, Stundenlohn, Gesamtlohn, Sozialklasse. Rows 1-5.

Aus den Abrechnungen der Gewerkschaften für das Jahr 1905. ...

Nachwachen von der Aussperrung in Pegnitz. Wegen Nötigung, Körperverletzung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung hatten sich vor dem Schöffengericht Pegnitz die Arbeiter Mayer und Amus zu verantworten. ...

Wergehen gegen die Gewerbeordnung vorliegende. Es handelte sich nicht um ein Streit, eine Vereinbarung zur Erlangung günstiger Arbeitsverhältnisse, sondern um eine Aussperrung. ...

#### Vater Staat als Arbeitgeber.

Anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars war in den königlichen Eisenbahnwerkstätten den Arbeitern der Nachmittag freigegeben worden. ...

#### Die Arbeiterturnzeitung.

das 14tägig erscheinende Organ des 80000 Mitglieder zählenden Arbeiterturnverbundes, hat die Auflage von 50000 Exemplaren überschritten und markiert damit wohl an der Spitze aller auf dem gesellschaftlichen Vereinsgebiet erscheinenden Zeitschriften. ...

#### Ein abgefasster Verleumbler.

Was ist nicht alles schon über Arbeiter zusammengelogen worden, die weiter nichts getan haben, als ihre Rechte wahrzunehmen! Einer von den wenigen Fällen, in denen es glückt ist, den Urheber zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen, wird aus Kulmbach berichtet. ...

#### Gewerbegerichtliches.

Lohnzahlung in verschlossenen Düten. Wen trifft die Beweislast bei Streit über die Vollständigkeit? (Bürgerliches Gesetzbuch § 363. — Urteil des Gewerbegerichtes Danzig vom 21. November 1905.) ...

Recht der Arbeitnehmer der Arbeit unbefugt fern zu bleiben. (Gewerbeordnung § 123. — Urteil des Gewerbegerichtes Hannover vom 21. Dezember 1905.) ...

Gilt, wenn die Majorität der Arbeitgeber sich einem Tarifvertrag unterworfen hat, der tarifmäßige Lohn als übliche Vergütung? (Bürgerliches Gesetzbuch § 612. — Urteil des Gewerbegerichtes Dortmund vom 21. Januar 1906.) ...

Die Behauptung macht geltend, daß sie sich dem Tarif nicht unterworfen habe. Der Höchstlohn, den sie an der hier fraglichen Kaufstelle bezahlt habe, betrage nur 50 Pf. pro Stunde. ...

